

(A) Beginn: 10.04 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 126. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und sage Ihnen ein recht herzliches Willkommen. In meinen Gruß beziehe ich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf unserer Zuschauertribüne und die Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen ein.

Für die heutige Sitzung haben sich 14 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir kommen zur Tagesordnung. Ich rufe Punkt 1 auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4600

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4826

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4970

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 10/4901 bis 10/4915 und 10/4975

zweite Lesung

(B)

in Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1990
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4602

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4970

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 10/4900 und 10/4976
zweite Lesung

Damit führen wir die gestern unterbrochene Haushaltsberatung in zweiter Lesung fort.

Ich rufe vereinbarungsgemäß die Nummer 1 auf:

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

In die Beratung einbezogen wird der Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4984. Ich verweise auf die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, die Ihnen als Drucksache 10/4907 vorliegt.

(C)

Ich eröffne die Beratung. Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Arentz das Wort.

Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Haushalt für Arbeit, Gesundheit und Soziales steht heute morgen ein nach Auffassung der CDU ganz wichtiger, ganz zentraler Bereich der Landespolitik zur Debatte. Aus der großen Fülle der Aufgaben und der Themen, die hier zu behandeln wären, möchte ich vier Schwerpunkte herausgreifen: erstens die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zweitens die Frage der Aus- und Übersiedler, drittens die Pflicht des Landes, auch für unsere älteren Bürger einen Lebensabend in Menschenwürde zu sichern, und viertens die Herausforderungen des Landes Nordrhein-Westfalen an der Drogenfront.

Lassen Sie mich zum Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen einige Anmerkungen machen. Im Jahre 1978, als Herr Rau Ministerpräsident wurde, lag die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen genauso hoch wie im Bundesdurchschnitt. Heute müssen wir feststellen, daß die Quote der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen um ein Viertel, also um 25 % höher ist als in den übrigen Bundesländern. Wenn unser Land heute arbeitsmarktpolitisch langsam wieder aus dem Keller herauskommt, ist das im wesentlichen ein Verdienst von Initiativen, die in Bonn gestartet wurden.

(D)

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Ich nenne die Ruhrgebietskonferenz, ich nenne die Strukturhilfe, und ich sage mit einem besonderen Blick auf dem Arbeitsminister dieses Landes: Das wirksamste Arbeitsbeschaffungsprogramm in dieser Republik ist die Steuerreform der Bundesregierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer diese Steuerreform, Herr Heinemann, so sehr wie Sie mit Schaum vor dem Mund bekämpft, der hat die schlichtesten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht begriffen.

(Zustimmung bei der CDU - Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

(Arentz (CDU))

- (A) Mit allen^{*} Angriffen auf Bonn kann diese Landesregierung nicht darüber hinwegtäuschen, wie sie selber arbeitsmarktpolitisch versagt hat. Sie haben die Chancen des Beschäftigungsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen nicht genutzt.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Sie haben in Nordrhein-Westfalen die notwendige Flexibilisierung am Arbeitsmarkt weder genutzt noch gefördert. Herr Heinemann, Sie haben - das halte ich für einen ganz schlimmen Verstoß - auch gegen die Solidarität mit den Langzeitarbeitslosen bis heute keinen "runden Tisch der sozialen Verantwortung" eingerichtet.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Sie haben bis zum heutigen Tage, obwohl Nordrhein-Westfalen eine überproportional hohe Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter aufzuweisen hat, noch nicht einmal Ihrer Einstellungspflicht für Schwerbehinderte im Landesdienst Genüge getan.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß es sagen: Ihr Reden steht in einem krassem Gegensatz zu Ihrem Tun. Sie sind einer von denen, die immer durchs Land gezogen sind und gesagt haben, Arbeitszeitverkürzung schaffe neue Arbeitsplätze. Schauen Sie sich Ihren eigenen Etat an, Herr Heinemann: keine einzige neue Stelle durch die Arbeitszeitverkürzung im Etat des Sozialministers!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Herr Heinemann, Sie predigen Wasser und trinken Wein; Reden und Handeln klaffen in Ihrem eigenen Bereich weit auseinander.

Ich komme zur Frage der Aus- und Übersiedler: Es ist schon bedrückend, wie insbesondere Teile der SPD - zum Beispiel Herr Lafontaine und Herr Heinemann - Vorurteile, Ängste und Sozialneid gegen diejenigen Deutschen schüren, die dem Sozialismus weggelaufen ist.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Diese Menschen haben im Osten erfahren, daß Sozialismus Unfreiheit und katastrophale Mangelwirtschaft bedeutet.

(Heitmann (SPD): Üble Hetze!)

(C) Wir sagen: Die Menschen, die jetzt von ihrem Menschenrecht auf Freizügigkeit Gebrauch machen und zu uns übergesiedelt sind, dürften nicht ausgegrenzt, diskriminiert und verdächtigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ganz und gar unerträglich, wenn Minister Heinemann davon spricht, Übersiedler würden bei uns verhätschelt. Es ist noch schlimmer, wenn derselbe Minister öffentlich propagiert, daß die Bürger mehr Angst vor Aussiedlern als vor Aids hätten.

(Schauerte (CDU): Unglaublich!)

Dies ist ein schlimmer Appell an die niedrigsten Instinkte.

(Schauerte (CDU): Ganz schlimm!)

Dies ist eine ganz schlimme Förderung von Angst in der Gesellschaft, und ich muß sagen, dieser Minister hätte wirklich die Ehrenmitgliedschaft bei den Republikanern verdient.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich stelle hier für die CDU-Fraktion fest: Verantwortlich für die Massenflucht aus dem Osten in die Bundesrepublik sind diejenigen, die als Sozialisten im Osten so unerträgliche Lebensverhältnisse geschaffen haben, daß die Menschen Haus und Hof aufgeben, um zu uns zu kommen.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Die Veränderungen in der DDR sind nur möglich geworden, weil es die Massenflucht aus Ungarn und aus den Botschaften in Prag und Warschau gegeben hat.

Wenn die CDU dem Ansinnen der SPD gefolgt wäre, zwei deutsche Staatsbürgerschaften zu schaffen, wäre diese Fluchtbewegung nicht möglich gewesen. Das heißt: Die Veränderungen in der DDR, die wir heute alle begrüßen, sind ausschließlich das Ergebnis der Ablehnung der Vorschläge der SPD und der konsequenten Haltung der Regierung Helmut Kohl in diesen Fragen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Dammeyer (SPD): Das ist doch Unsinn!)

- Herr Dammeyer, sparen Sie sich Ihre Zwischenrufe, Sie können sich gleich melden: Ich will in diesem Zusammenhang noch etwas zu

(Arentz (CDU))

(A) dem Begriff⁹ des Einmischens sagen, den Sie aufgebracht haben.

(Dr. Dammeyer (SPD): Sie erzählen Unsinn!)

Wer vom Einmischen redet, wenn wir über die deutsche Frage diskutieren, der wählt einen Begriff aus der Küche der semantischen Giftmischer, um hiermit nämlich unmöglich zu machen, daß wir darüber reden, wie man helfen könnte.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen sagen, daß ich mich sehr darüber gefreut habe, daß der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, in einem Interview in der Kölnischen Rundschau am gestrigen Tage sich - erstens - dazu bekennt, daß man sich einmischen müsse, sich - zweitens - zum Ziel der Wiedervereinigung bekennt und dazu, daß er diese fördern wolle. Ich könnte nur hoffen, daß hier die Sozialdemokraten eine genauso klare Haltung hätten wie Herr Rappe von der IG Chemie.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wie wenig bereit die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind, Aus- und Übersiedlern auch praktische Integrationshilfe zu leisten, zeigt die Situation in Nordrhein-Westfalen; das zeigt der bisher fehlende Wille, die bürokratischen Hemmnisse für den Wohnungsbau auf die Seite zu räumen. Der Präsident des nordrhein-westfälischen Städtetages, der sozialdemokratische Oberbürgermeister Krings aus Duisburg, hat dazu vorgestern im Handelsblatt sehr bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Dies zeigt im übrigen auch das Fehlen der Hilfen zur sozialen Integration.

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal vor, die CDU würde die Landesregierung stellen, es würden in der Woche 300 000 Unterrichtsstunden ausfallen und es würden 100 000 Kindergartenplätze in Nordrhein-Westfalen fehlen. - Sie wären es doch, die tagaus tagein, von morgens bis abends, vom Sozialabbau reden würden.

Den haben Sie jetzt zu verantworten und niemand anders in diesem Lande Nordrhein-Westfalen. Diese in Nordrhein-Westfalen schon längere Zeit vorhandenen Defizite machen nun leider auch die Integration der Aus- und Übersiedler so schwer, wie sie denn ist.

Ich komme zum dritten Bereich, der Frage der Altenpolitik: Die Verwaltung des Mangels

ist ein untrügliches Kennzeichen von Sozialisten, und sie zeichnet auch die Pflegesituation in Nordrhein-Westfalen aus. (C)

Seit zehn Jahren betreibt diese Landesregierung eine Politik auf dem Rücken der alten Menschen und der Pflegebedürftigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Und es kann Ihnen noch so unangenehm sein, wir sagen es immer wieder: Der Haushaltsansatz für Altenpolitik lag im Jahr 1980 fast doppelt so hoch wie heute, obwohl die Zahl der über 80jährigen kaum halb so hoch war wie heute. Sie machen Politik auf dem Rücken von Gruppen, die keinen besonders hohen Organisationsgrad aufweisen, die kein Macht- und Druckpotential in unserer Gesellschaft haben. Über diese fahren Sie mit einer sozialen Kälte ohnegleichen einfach hinweg.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Das Ergebnis ist, daß Nordrhein-Westfalen heute in der ambulanten Versorgung pflegebedürftiger Menschen zum Schlußlicht in der Bundesrepublik geworden ist. Man muß sich das einmal vorstellen: Ein Mitarbeiter in den Sozialstationen soll nach den Vorstellungen dieser Landesregierung für 5 000 Einwohner ausreichen! Das sind unerträgliche Verhältnisse. In Rheinland-Pfalz ist der Schlüssel beispielsweise 1 : 1200 im ländlichen Raum und 1 : 2000 in den Städten. In Berlin ist er bei 1 : 1800 in den Stadtteilen mit besonders vielen älteren Bürgern, 1 : 3000 in Niedersachsen. Hier in Nordrhein-Westfalen ist die Zeit sozialpolitisch Ende der 70er Jahre stehen geblieben, und die Bürger haben dies auszubaden. (D)

Dies gilt genauso, wenn beispielsweise Träger von Altenwohneinrichtungen, die ein neues Heim bauen wollen, Mitteilungen bekommen, sie könnten 1996 oder 1997 mit dem Geld rechnen. Sieben oder acht Jahre Wartezeit! Herr Heinemann, wissen Sie, was das ist? Das ist das, was Sie zu Unrecht Norbert Blüm vorgeworfen haben: Das ist Politik mit der Sterbetafel.

Während sich also die Zahl der über 80jährigen hier in Nordrhein-Westfalen bereits in den letzten 10 Jahren annähernd verdoppelt hat und die demographische Entwicklung auch für die Zukunft relativ deutlich abzusehen ist, fehlt es in der Altenpolitik außer an Hochglanzbroschüren - diese haben Sie erstellt, Herr Minister - an den notwendigen Taten im Haushalt an allen Ecken und Enden. Und weil das so ist, fordern wir heute ein altenpolitisches Notprogramm für Nordrhein-Westfalen.

(Arentz (CDU))

- (A) Wir fordern eine Aufstockung der Zahl der Mitarbeiter in den Sozialstationen um ein Drittel. Wir fordern 40 Millionen DM mehr für die dringend nötigen zusätzlichen Altenwohn- und Altenpflegeheimplätze. Wir fordern 20 Millionen DM für die Einrichtung von 2 000 Plätzen für die Kurzzeit- und für die Tagespflege.

Ich sage Ihnen: Es ist sozialpolitisch ein Skandal, daß für 564 000 Menschen über 80 Jahre in Nordrhein-Westfalen ganze 210 Tagespflegeplätze bestehen. 210 für 564 000! Das heißt im Klartext: jeder über 80jährige kann alle 8 Jahre einmal einen Tag auf einen Tagespflegeplatz. Das ist die Versorgung im Musterland Nordrhein-Westfalen!

(Zustimmung bei der CDU)

Wir fordern heute Hilfen für die pflegenden Familien. Dazu gehört vor allem unser Programm "Rente für Pflege". Wer wegen der Pflege eines Schwerstpflegebedürftigen auf Erwerbstätigkeit verzichtet, soll nach unseren Vorstellungen wenigstens eine ordentliche Rente im Alter bekommen. Und das Land wäre besser beraten, statt Milliarden für die stationäre Sozialhilfe zu bezahlen, mit einigen hundert Millionen DM die Pflegeanstrengungen in den Familien zu unterstützen.

Herr Minister, Sie haben bis heute die Chancen nicht genutzt, die die Gesundheitsreform zur Verbesserung der häuslichen Pflege bietet. Ihnen ist die Bekämpfung der Gesundheitsreform Norbert Blüms wichtiger als die konkrete Hilfe für die Menschen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie machen Politik auf dem Rücken der Pflegebedürftigen, um zu beweisen, daß die Gesundheitsreform schlecht ist. Ihnen geht Polemik vor Hilfe.

(Jawohl! bei der CDU)

Damit haben sie Nordrhein-Westfalen auch sozialpolitisch ins Abseits gebracht.

Ich kommen zum vierten und letzten Bereich, dem Bereich der Drogenpolitik.

Meine Damen und Herren, es brennt an der Drogenfront. Die Aktivitäten der Landesregierung bestehen im wesentlichen aus PR-Aktionen, Ministerreisen in die Vereinigten Staaten und unverbindlichen Ankündigungen. Wir sagen Ihnen: Das ist zuwenig. Der

Ministerpräsident hat angekündigt, das Drogenproblem zur Chefsache zu machen. (C)

(Minister Dr. Schnoor: Das hat er getan!)

- Das hat er getan, Herr Schnoor. Danke für die Bestätigung! Den Erfolg sehen wir im Haushalt 1990: praktisch keine Mark und keine Stelle mehr als 1989.

(Zustimmung bei der CDU)

So sieht das aus, wenn Herr Rau etwas zur Chefsache macht! Herzlichen Dank! Genau deshalb brauchen wir auch eine neue Landesregierung, Herr Schnoor.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, wie die Situation in Nordrhein-Westfalen aussieht.

(Blumenberg (SPD): Giftmischerei!)

Jeder weiß, wie wichtig es ist, die Aufklärung an den Schulen zu verstärken.

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Herr Matthiesen, sparen Sie sich Ihre unqualifizierten Bemerkungen, die morgens nicht besser sind als abends!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Diese Landesregierung ist bis zum heutigen Tage nicht bereit, den Lehrern an den Schulen in Nordrhein-Westfalen Freistunden zu geben, wenn sie Drogenberatungslehrer sind. Bis zum heutigen Tage nicht bereit! Diese Landesregierung hat bis vorgestern 411 Therapieplätze in Nordrhein-Westfalen bei rund 20 000 Drogenabhängigen für ausreichend gehalten, 36 - in Worten: sechsunddreißig - Nachsorgeplätze für Drogenabhängige für das ganze Land Nordrhein-Westfalen. Entgiftungsmöglichkeiten in Kliniken in Nordrhein-Westfalen sind so gut wie überhaupt nicht vorhanden, und die Justizvollzugsanstalten sind wahre Hochburgen des Drogenkonsums in Nordrhein-Westfalen geworden. (D)

(Zuruf des Ministers Dr. Krumsiek)

Als die CDU-Landtagsfraktion im April durchgreifende Verbesserungen gefordert hat, haben Sie diese größtenteils als nicht notwendig abgetan. Vor zwei Tagen haben Sie

(Arentz (CDU))

(A) dann einen* Teil unserer Forderungen aufgegriffen.

(Erneuter Zuruf des Ministers Dr. Kumsiek)

Aber Sie haben sie aufgegriffen, Herr Schnoor, für 1991. Und da sind wir skeptisch. Denn wir erinnern uns an das Landesdrogenprogramm von 1980. Da waren Sie ja auch schon dabei. Die Forderungen des Landesdrogenprogramms von 1980 sind bis zum heutigen Tage nicht Wirklichkeit geworden. Ich sage Ihnen: Deshalb geben wir uns nicht mehr mit Versprechungen für 1991 zufrieden, sondern wir fordern hier und heute eine Verdoppelung der Mittel zur Bekämpfung der Drogensucht und der Drogenabhängigkeit in Nordrhein-Westfalen.

(Minister Dr. Schnoor: Sehen Sie in meinen Haushalt 1990; er sieht das vor!)

Nun können Sie natürlich sagen: Wovon wollen Sie das bezahlen? - Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen in drei Sätzen, wie man dieses Programm zur Bekämpfung der Drogensucht und zur Verbesserung der Pflegebedingungen für die alten Menschen bezahlen kann.

(Minister Matthiesen: In drei Sätzen!)

- In drei Sätzen!

(B) Herr Heinemann hat vor sechs Wochen ein Interview gegeben, in dem er den massiven Mißbrauch der Sozialhilfe für Asylbewerber beklagt hat. Wir sagen: Bekämpfen Sie doch endlich diesen Mißbrauch, indem Sie die Verfahren beschleunigen und den Mut haben, diejenigen auch wirklich auszuweisen, die weder vom Gericht als Asylbewerber anerkannt werden noch unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention stehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn Sie den Mut hätten, dies zu tun, könnten Sie im kommenden Jahr 100 Millionen DM bei der Sozialhilfe sparen. Genau diese 100 Millionen DM wollen wir zugunsten der pflegebedürftigen Älteren und zur Bekämpfung der Drogensucht in Nordrhein-Westfalen ausgeben. Deshalb folgen Sie bitte unseren Anträgen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD erteile ich nunmehr Herrn Abg. Schmidt das Wort.

Schmidt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann nur sagen, nach dieser Rede, die ich jetzt gehört habe, Herr Kollege Arentz: schlecht gebrüllt und zudem noch im falschen Saal.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Eigentlich geht es uns allen doch um die Frage des Abbruchunternehmens Blüm, von dem ich sehr wenig gehört habe.

(Oh-Rufe von der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Auf Parteitag und im Deutschen Bundestag applaudieren Sie, und hier wollen Sie die Landesregierung zwingen, in Bereiche hineinzugehen, für die sie überhaupt nicht zuständig ist. Das muß man doch einmal deutlich sagen.

Zweite Feststellung, meine Damen und Herren: Ich habe es teilweise über weite Strecken als eine üble Hetze empfunden, was Herr Arentz hier losgelassen hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist Brunnenvergiftung! So geht man nicht unter Demokraten miteinander um.

(Mehrere CDU-Abgeordnete weisen auf Minister Heinemann. - Erregte Zurufe von der CDU)

Minister Heinemann, dem Sie jederzeit gerne in der Sache widersprechen können, in die Nähe der Republikaner zu rücken, das war ein dicker Hund, Herr Arentz. Dafür sollten Sie sich entschuldigen!

(D)

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich möchte im Gegensatz zu Herrn Arentz zum Haushalt sprechen. Unser Land - das stelle ich ausdrücklich fest - bleibt das soziale Gewissen gegenüber dieser Bundesregierung, Herr Arentz,

(Zustimmung bei der SPD)

die sich meines Erachtens die Finanzierung von Sozialpolitik im wesentlichen nur durch erhöhte Selbstbeteiligung vorstellen kann - siehe Bonner Entscheidungen -, die zweitens weiterhin zögerlich an große sozialpolitische Herausforderungen herangeht

(Arentz (CDU): Beispiel?)

(Schmidt (SPD))

- (A) - Ich komme darauf - und die drittens die Lasten auf Beitragszahler, Länder und Gemeinden abwälzt.

(Arentz (CDU): Welche Lasten?)

Anstatt mit uns gemeinsam in Bonn - da gehört es nämlich hin - dringend notwendige Korrekturen einzuführen, verteidigen Sie diese Politik hier im nordrhein-westfälischen Landtag permanent und wollen uns gleichzeitig noch Versäumnisse anhängen. Das ist nicht in Ordnung.

(Schauerte (CDU): Doch.)

- Sie wissen doch alle selbst, Herr Schauerte, wo Bonn uns im Stich läßt. Soll ich das hier noch einmal wiederholen?

(Zurufe von der CDU: Ja.)

- Vielen Dank für den Hinweis. Erstens beim AFG: Die Kürzungen in der 8. und 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz bedeuten einen Einbruch in der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen. Obwohl die Spatzen mittlerweile von allen Dächern pfeifen, daß die Devise "Arbeit statt Sozialleistungen" eigentlich das Motto des staatlichen Handelns sein müßte,

(Zuruf der Frau Thoben (CDU))

- (B) nimmt die Bundesregierung, Frau Thoben, Einbrüche bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und den Folgen zur Weiterbildung in Kauf. Das wissen Sie ganz genau. Wir haben plenar verschiedentlich darüber diskutiert. Sie erinnern sich nicht mehr gerne daran.

(Arentz (CDU): Doch.)

Aber die Zahlen der 9. Novelle zum AFG sprechen für sich. Reden Sie mit den freien Trägern, Herr Arentz, die Sie mehrfach vorhin hier angeführt haben.

Zweitens: Aus- und Übersiedler: Die zögerliche Reaktion des Bundes auf den Aus- und Übersiedlerzustrom und die unzureichenden Bundesmaßnahmen bei der Bereitstellung von Übergangswohnraum und im Wohnungsbau belasten natürlich auch unseren Haushalt und lassen uns weniger Spielraum.

Drittens: Altenpolitik: Die Ausklammerung der stationären Pflege bei der Finanzierung der Pflegebedürftigkeit hält den Tatbestand aufrecht, daß wir für die großen Aufgaben der Altenpolitik auf Jahre hinaus keine angemessenen Finanzierungsgrundlagen haben werden und diese Aufgabe unzureichend ausgestattet ist.

(C) Sie wissen doch genau, was in Bonn an dieser Stelle gelaufen ist, Herr Arentz. Muß ich Sie daran heute erinnern?

(Arentz (CDU): Ich kann mich nur daran erinnern, daß es in der Kommission 90/91.....)

Ich weiß, daß Sie es nicht gerne hören, unter welchen bundespolitischen Bedingungen wir in Nordrhein-Westfalen Haushalts- und Sozialpolitik betreiben müssen. Tatsache ist aber auch - hören Sie sich die Zahlen doch ruhig einmal an -, daß der Einzelplan 07 im Jahre 1990 um eine halbe Milliarde DM wächst. Die Steigerungsrate beträgt gegenüber 1989 11,3 Prozent. Sie liegt damit um mehr als das Doppelte über der Steigerungsrate des Gesamthaushaltes, der bekanntlich nur um 5,3 Prozent wächst.

(Arentz (CDU): Nur.)

Im vorigen Jahr hatten wir übrigens dasselbe Bild. Da wuchs auch der Einzelplan 07 um 11,5 Prozent gegenüber einer Steigerung des Gesamthaushaltes von 3,2 Prozent. Demzufolge wächst auch der Anteil des Einzelplans 07 am Gesamthaushalt im nächsten Jahr auf 8,1 gegenüber 7,7 Prozent im Jahre 1989.

(D) Meine Damen und Herren! In der Altenpolitik setzen wir zusätzlich 170 Millionen DM ein - und das ohne die Mittel der Stiftung für Wohlfahrtspflege, die ebenfalls in diesem Bereich Altenpolitik und Behindertenpolitik mit eingebunden sind - 170 Millionen DM.

Der Schwerpunkt dieser zusätzlichen Mittel liegt bei den Investitionen. 70 Millionen DM erhalten die Gemeinden pauschal über das Gemeindefinanzierungsgesetz. Um 52 Millionen DM erhöhen wir die Investitionsförderungsprogramme, um insgesamt 1 700 neue Altenpflegeplätze und 1 000 Kurzzeitpflegeplätze. Das sollte man gerechterweise an dieser Stelle, Herr Arentz, wenn man so loslegt wie Sie gerade, auch erwähnen, und

(Zustimmung bei der SPD)

daß wir auf dem richtigen Weg in die richtige Richtung sind.

Über die finanzielle Seite hinaus haben wir in diesem Jahr die Altenpolitik wie kein anderes Bundesland zum sozialpolitischen Thema Nummer 1 erklärt. Der Minister hat einen Leitlinienentwurf zur Altenpolitik vorgelegt. Wir haben ihn im Ausschuß durch eine eigene Initiative angereichert. Wir erwarten im nächsten Jahr - das wissen Sie genau, meine Damen und Herren von der Opposition - einen neuen Landesaltenplan, nachdem wir mit den

(Schmidt (SPD))

- (A) Trägern im Lande Nordrhein-Westfalen gesprochen haben.

Im Rahmen der Diskussion um den Landesaltenplan werden wir uns auch ernsthaft - das kann ich Ihnen heute schon versprechen - mit einigen heute von Ihnen gestellten Haushaltsanträgen beschäftigen. Ich halte es sogar für möglich, daß wir hier und da einem Ihrer Anträge zustimmen werden.

(Arentz (CDU): Tun Sie es doch heute!)

Aber heute, bevor ein neuer Landesaltenplan überhaupt auf die Reise geschickt werden kann, bevor er inhaltlich abgestimmt ist mit vielen Trägern im Lande, sozusagen einen Vorabbeschluß zu fassen, einen Ritt über den Bodensee zu machen, Herr Arentz, das wollen wir in der Tat nicht mitmachen.

(Arentz (CDU): Das haben Sie letztes Jahr auch schon erklärt!)

Hinzu kommt, daß der Deckungsantrag, den Sie gestellt haben, nämlich Einsparungen bei den Sozialhilfekosten für De-facto-Flüchtlinge und Asylbewerber, zum gegenwärtigen Zeitpunkt meines Erachtens eine reine Luftbuchung ist. Wir sind sicherlich alle in diesem Hause einig in dem Ziel, Herr Kollege, die Asylverfahren zu verkürzen - da folge ich Ihnen vollinhaltlich -, Wirtschaftsflüchtlinge von uns fernzuhalten und dadurch den Sozialhilfeansatz in unserem Haushalt zu entlasten; er hat immerhin in der Zwischenzeit ein Volumen von 650 Millionen DM erreicht.

(B)

Wir sind der Landesregierung und auch der Bundesregierung dankbar dafür, daß es gelungen ist, eine Vereinbarung zustande zu bringen, nach der Asylanträge demnächst zentral bearbeitet werden können und das bisher zeitaufwendige Verwaltungshin- und her zwischen Ausländerbehörde und Bundesamt für die Anerkennung der Flüchtlinge beseitigt werden kann, indem Nebenstellen des Bundesamtes auch in unserem Bundesland eingerichtet werden.

Auch wir erwarten Einsparungen in der Sozialhilfe, natürlich! Nur ist es doch unrealistisch, Herr Arentz, auf diese Einsparungen bereits im Jahre 1990 zu hoffen. Der finanzielle Durchbruch kann doch erst eintreten, wenn die im Verwaltungsverfahren und im Gerichtsverfahren befindlichen Altfälle deutlich abgebaut sind. Und das wird noch eine ganze Zeitlang in Anspruch nehmen.

Lassen Sie mich noch eine kurze Bemerkung zur Altenpolitik machen. Wir haben in der Tat

Sympathie für den Vorschlag, für die Altenpflegeausbildung eine Ausbildungsvergütung einzuführen. Nur sind wir der Auffassung, daß dies aus den Pflegesätzen finanziert werden muß und nicht den Landeshaushalt noch einmal zusätzlich belasten darf. (C)

Als einen typischen Beispielfall der Lastenverschiebung vom Bund auf das Land werten wir allerdings Ihren Vorschlag, auch die Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen aus dem Landeshaushalt zu zahlen. Meine Damen und Herren, die SPD hat ein Pflegegesetz vorgeschlagen, das die Anerkennung von Pflegezeiten bei der Rente vorsieht. Wir halten dies für eine sozialpolitisch außerordentlich wichtige Maßnahme zur Entlastung derjenigen, die sich für die Pflege alter Menschen aufopfern. Nur halten wir es für sinnvoller, daß Sie sich mit uns zusammen beim Bund für eine solche Regelung einsetzen, statt hier den Versuch zu unternehmen, uns, dem Land Nordrhein-Westfalen, wiederum Bundesaufgaben aufzubürden.

Meine Damen und Herren! Akzente werden in diesem Haushalt auch bei der Arbeitsmarktpolitik gesetzt. Wir führen nicht nur bewährte Programme fort - ich nenne nur beispielhaft das Arbeitsbeschaffungsprogramm für arbeitslose Sozialhilfeempfänger, allein dort ein Volumen von 75 Millionen DM -, auch das Stammkräfteprogramm ist weiterhin aufgestockt worden. Als Reaktion auf die Mängel der Bundespolitik findet sich im Haushaltsentwurf erstmals ein arbeitsmarktpolitisches Sonderprogramm mit einem Volumen von 44 Millionen DM. (D)

Durch die Reform des Europäischen Sozialfonds fließen dem Einzelplan 07 zusätzlich 84,5 Millionen DM aus EG-Mitteln zu, und zwar für Maßnahmen für Regionen im wirtschaftlichen Niedergang, zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und zur Eingliederung von Jugendlichen. Diese zusätzlichen Mittel lassen sich hervorragend mit unseren verschiedenen Landesprogrammen verknüpfen. Um diese EG-Mittel voll ausschöpfen zu können, werden wir 1990 zusätzlich zu den bisherigen Programmen 46,5 Millionen DM zur Landesergänzungsfinanzierung der EG-Programme zur Verfügung stellen.

Die Aufnahme der EG-Finanzierung hat in der Zweiten Ergänzungsvorlage der Landesregierung zu einigen Umbuchungen geführt. Ich muß zugeben, daß auch ich dieses Verfahren einigermaßen kompliziert finde und daß es gewiß nicht leichter wird, unmittelbar aus dem Landeshaushalt herauszulesen, für welche Maßnahmen im nächsten Jahr im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik Mittel bereitstehen.

(Schmidt (SPD))

- (A) Deshalb möchte ich nur noch einmal ausdrücklich feststellen, daß wir durch die EG-Mittel und die zusätzlichen Landeskomplementärmittel in allen Bereichen der Landesarbeitsmarktpolitik im nächsten Jahr ganz erheblich mehr Geld zur Verfügung haben werden, als dies bei der ersten Lesung des Haushalts 1990 absehbar war.

Meine Damen und Herren! Das Land wird seine Anstrengungen zur Bekämpfung der Aids-Krankheit fortsetzen. Entsprechend den neuen Erkenntnissen werden wir auch hier weiter unsere Akzente in der Gesundheitspolitik setzen.

Unabhängig von der Aids-Gefahr ist die Bekämpfung der Drogensucht ein weiterer Schwerpunkt, der sich ebenfalls im Haushalt - Herr Arentz, Sie haben es offensichtlich nicht nachgelesen - niederschlägt. Wir haben die Mittel für unsere Antidrogenprogramme um 1,5 Millionen DM aufgestockt.

Eindeutiger Haushaltsschwerpunkt bei der Gesundheitspolitik wie auch im Einzelplan 07 ist wiederum die Förderung unserer Krankenhäuser. Ich meine, daß dieses Jahreskrankenhausbauprogramm 1990 sich in der Tat sehen lassen kann.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Arentz von der Fraktion der CDU?

(Schmidt (SPD)): Ja, bitte sehr!

(B)

- Dann, Herr Abg. Arentz, haben Sie das Wort.

Arentz (CDU): Danke schön. - Herr Schmidt, würden Sie uns bitte einmal sagen, wie hoch der Ansatz zur Bekämpfung von Drogensucht und Therapie im Haushalt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales 1989 war und wie hoch er 1990 ist?

Schmitz (SPD): Herr Kollege, Sie wissen, daß sich dieser Haushaltsansatz aus verschiedenen Bereichen zusammensetzt, und ich gehe einmal davon aus, daß - erstens - in den verschiedensten Haushaltsbereichen Geld da ist, um das Drogenprogramm durchzuziehen, und - zum anderen - wir aufgestockt haben. Sie wissen ja, daß wir einvernehmlich, wenn ich das Ausschußprotokoll richtig lese, aufgrund unseres Antrages beschlossen haben, ein weiteres Programm in Höhe von 1,5 Mio DM aufzulegen.

Meine Damen und Herren, trotz mancher Sympathie für einige Ihrer Anträge - Herr Arentz, ich sage das in aller Offenheit und in

allem Freimut -, trotz mancherlei Sympathie für bestimmte Teile Ihrer Erhöhungsanträge werden wir bei den diesmal von uns gesetzten Schwerpunkten Ihre Anträge ablehnen müssen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Frau Abg. Thomann-Stahl das Wort. Ich erteile Ihnen das Wort, verehrte Kollegin.

Frau Thomann-Stahl (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Präsident! - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Haushalt ist in überhaupt keiner Weise geeignet, den zukünftigen Anforderungen in der Arbeits- und Sozialpolitik gerecht zu werden. Die Schuld daran trägt ein Minister, der meint, daß allein Sozialdemokraten im Besitz der Wahrheit und des einzig verfügbaren sozialen Gewissens wären. Das führt dann dazu, daß er in einem völlig abstrusen Gedankengebäude alle Maßnahmen und alle Forderungen der Bundesregierung oder der sie tragenden Parteien als Anschlag auf die sozial Minderbemittelten darzustellen versucht. Ob das die Steuerreform ist oder die Gesundheitsreform, ob das die steuerliche Absetzbarkeit von Pflegepersonen für hilfsbedürftige Angehörige ist - aus allem konstruieren Sie, Herr Minister Heinemann, einen Pappkameraden, den Sie dann an die Wand stellen und mit Totschlagargumenten platthauen. Das ist ein gedankliches Feindbild, das überhaupt kein Mensch mehr nachvollziehen kann.

(D)

Nun wäre das vielleicht noch erträglich, Herr Minister, wenn Sie die hohen Anforderungen, die Sie an andere stellen, auch selbst erfüllen würden. Aber wie alle Pharisäer gehen Sie nur davon aus, daß Sie a) immer recht haben und b) nichts Falsches tun können.

Wie haben Sie sich denn vor drei Wochen für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte in der EG eingesetzt? Ereifert haben Sie sich, und dabei haben Sie sicherlich guten Gewissens an Ihre eigenen Mitarbeiter gedacht, die da seit Monaten um die Einführung der Regelbeurteilung in Ihrem Hause kämpfen. Im Ministerium dieses obersten Streiters für die Arbeitnehmerrechte war im Januar ein Einigungsverfahren notwendig, um eine vorläufige Regelung zu finden, die, wie es der Personalrat beschrieben hat, "das bisherige leistungsfeindliche Beurteilungssystem" grundlegend ändern sollte.

(Nagel (CDU)): Hört, hört!

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (A) Die Einführung dieses neuen Systems wird nun auch mit allen möglichen und unmöglichen Begründungen wieder hinausgezögert. Im August fragten die Mitarbeitervertreter schriftlich nach - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

Könnte es sein, daß das zwar noch nicht zufriedenstellend ausgestaltete, aber weitgehend transparente Regelbeurteilungsverfahren

- das man also nun neu vereinbaren wollte -

der Günstlingswirtschaft und der Partei-buchpolitik nicht genug Freiraum läßt?

Herr Minister, das fragen Mitarbeiter Ihres Hauses. Das fragt nicht die Opposition, sondern das sind Mitarbeiter Ihres Hauses! Sie sollten nicht immer nur durch das Land reisen und mit dem Finger auf andere zeigen; Sie sollten sich erst einmal an Ihre eigene Nase packen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) In Ihrer Einführung in den Haushalt im Ausschuß haben Sie lang und breit die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung kritisiert. Deren Versäumnisse müsse ein Land wie Nordrhein-Westfalen auffangen; dabei hat es doch überhaupt kein Geld etc. Wofür das Land Geld hat, um die vermeintlichen Mängel der Arbeitsmarktpolitik des Bundes auszugleichen, will ich mit Genehmigung des Präsidenten einmal zitieren. Unter der Vorlage 10/2107 - Informationen über Projekte im Rahmen des Ansatzes "Förderung von Maßnahmen zur Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik" - das ist das Projekt, das Sie eben so gelobt haben, Herr Kollege Schmidt - erscheint als Antragsteller ein e.V. aus Bonn, und was will der machen? Maßnahmebeschreibung:

Die Antragsteller planen die Vorbereitung eines Bestattungsunternehmens auf genossenschaftlicher Grundlage. Der konkreten Realisierungsphase dieses Projekts soll eine Konzipierungs- und Vorlaufphase vorangestellt werden. Die inhaltliche Zielsetzung

- des geförderten Projekts -

ist die Bestandsaufnahme des späteren unternehmerischen Umfelds sowie die Vorbereitung des geplanten genossenschaftlichen Bestattungsunternehmens.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit anderen Worten: Für die Beschreibung einer inhaltlichen Zielsetzung für ein

Unternehmen - und dieses Projekt ist von Herrn Heinemann mit 75.000 DM gefördert worden - 75.000 DM! Meine Damen und Herren, Herr Kollege Schmidt, sollen das die Akzente in der Arbeitsmarktpolitik des Landes sein? Das ist ja wohl eher ein Fall für den Landesrechnungshof, so eine Förderpolitik!

Die einäugige, einseitige Politik der Landesregierung wird natürlich auch in diesem Jahr erneut an der Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes dokumentiert. Der kriegt wieder einmal 3,7 Millionen; die anderen Gewerkschaftsverbände kriegen nichts! Die brauchten das ja auch nicht, haben Sie gesagt; schließlich könnten sich ja alle Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte beim DGB informieren, weil Technologieberatung weder etwas mit Politik noch etwas mit Ideologie zu tun habe. Meine Damen und Herren, wenn das so wäre, daß Technologieberatung nichts mit Politik und Ideologie zu tun hat, dann könnten wir uns jede Technikfolgenabschätzungskommission, jede Kommission "Mensch und Technik" in diesem Hause ersparen. Die gründen wir doch gerade deshalb, weil neue Technologien auch etwas mit Politik und Ideologie zu haben. Herr Kollege Dreyer hat Ihnen damals gesagt, Sie sollten doch lieber gleich zugeben, daß Sie nur dem DGB Geld geben wollten und eben nicht der DAG und nicht dem Christlichen Gewerkschaftsbund,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

und damit hat er recht. Sie sind ja auch nicht auf den Gedanken gekommen, Schwangerschaftsberatungen nur einer Organisation zu fördern - zum Glück; vielleicht kommt das auch noch!

In Ihrer Haushaltseinführung haben Sie weiterhin geäußert, daß Arbeitslosigkeit wesentlich ein Problem der Qualifizierung sei, was die Bundesregierung natürlich noch nicht erkannt habe etc. etc. - mit den üblichen traurigen Folgen. Was aber machen Sie selber?

(Westermann (SPD): Die tut aber nichts!)

Was machen Sie denn selber?

Sie setzen doch Strukturhilfemittel keineswegs zusätzlich für Qualifizierungsmaßnahmen ein, Herr Kollege Westermann, sondern Sie entlasten den Landeshaushalt damit. Ist das vielleicht ehrlich?

Für die soeben erwähnten 84 Millionen DM aus dem EG-Sozialfonds werden Landesprogramme um mindestens 22,9 Millionen DM gekürzt.

(Schmidt (SPD): 16 Millionen!)

(C)

(D)

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (A) Also auch hiermit wird der Landeshaushalt entlastet.

Sie erinnern an die Forderungen des Mikat-Berichts, der die Qualifizierung als eine Zukunftsaufgabe bezeichnet. Haben Sie denn die Forderungen und die Stellungnahme der Landesregierung gelesen? Ich empfehle Ihnen, einmal nachzulesen, was Frau Kollegin Thoben gestern dazu gesagt hat; das war wirklich sehr interessant und richtig. Die Mikat-Kommission hat verschiedene Empfehlungen unter anderem in bezug auf das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz gegeben, und die Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme nicht einmal gesagt, ob sie diesen Empfehlungen folgen will

(Frau Thoben (CDU): Richtig!)

oder ob sie sie aus irgendwelchen Gründen ablehnt, sondern sie hat nur gesagt, die Tarifparteien seien eigentlich zuständig, und die Landesregierung könne gar nichts tun. Nicht einmal Empfehlungen hat sie gegeben oder sich in irgendeiner Form dazu geäußert.

Die Altenpolitik haben Sie zu einem weiteren Schwerpunkt gekürt. Dazu fällt Ihnen aber bedauerlicherweise gar nichts Wegweisendes ein. Alles wartet seit Jahren dringend auf den 2. Landesaltenplan, der, wie ich vermute, niemals kommen wird. Sie geben einen Diskussionsentwurf "Altenpolitik 2000" heraus, der zuerst in diesem Jahr, dann Anfang des nächsten, dann Mitte des nächsten Jahres diskutiert werden soll, nunmehr auf jeden Fall nach der Landtagswahl.

(B)

(Schmidt (SPD): Der ist schon in der Diskussion!)

Warum denn? Fürchten Sie die Fragen der Sachverständigen und der Experten, die Fragen derjenigen, die in dem Metier zu Hause sind und die Ihre Vorstellungen weitgehend ablehnen? Das können Sie schon in den Stellungnahmen zu Ihrem Entwurf nachlesen.

Natürlich enthält die Vorlage auch einige gute Ansätze - das ist unbestritten -, beispielsweise, daß es besser ist, jemandem die Wohnung zu erhalten, als ihn für immer in ein Heim zu verfrachten. Das ist gar keine Frage. Aber im großen und ganzen wurde hier mit einem umfassenden theoretischen Unter- und Überbau ein zentralistischer Ansatz gefunden, ein unglaublich hoher Anspruch aufgebaut. Konkretes können Sie in der gesamten Broschüre nicht lesen.

Die zugrunde liegende städtebauliche Konzeption begründet lediglich neue Fördertat-

bestände, aber sie fördert nicht die Integration der älteren Mitbürger. Der Diskussionsentwurf enthält darüber hinaus eine völlige Fehleinschätzung der freien, Wohlfahrtspflege und der privaten Anbieter von Pflegeleistungen.

(C)

(Zustimmung des Abg. Arentz (CDU))

Eine völlige Fehleinschätzung! Wir haben vor drei Wochen ausführlich darüber diskutiert. Die Probleme haben Sie schon erkannt, Herr Kollege Schmidt; das ist richtig. Aber Ihre Lösungsansätze halten wir für falsch. Wir glauben nicht, daß Sie hier auf dem richtigen Weg sind. Alle sollen sich Ihrer Auffassung nach verhalten, als ob sie Staat wären. Und das ist Unfug. Das können sie schon deshalb nicht, weil sie zu ganz anderen Bedingungen arbeiten als der Staat. Beispielsweise schaut ihnen ein Minister auf die Finger, ob sie auch ja alle Arbeitnehmerrechte jeden Tag ordentlich einhalten.

Ihre Grundidee, Sozialpolitik weitgehend unabhängig von den unverzichtbaren Bedürfnissen des einzelnen als Instrument finanzieller Umverteilung einzusetzen, lehnen wir ab. Wir weigern uns, den künftigen Generationen im Grunde unbegrenzte Lasten zugunsten uferlos wuchernder Sozialabgaben und dogmatischer Vermögensumverteilungen aufzuerlegen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wir Liberalen sind nämlich der Meinung, daß sich soziale Sicherungen der Gemeinschaft als Gegenleistung eigenverantwortlichen Vorsorge des einzelnen darstellen. Es ist nicht Aufgabe der Solidargemeinschaften, den einzelnen vor jedem finanziellen Risiko zu schützen. Sie sollen vielmehr Unterstützung in gesundheitlicher Not, in schwerer Krankheit oder bei Behinderung geben.

(D)

Das Sozialleistungssystem ist in den letzten Jahren schwerfällig, bürokratisch, teuer und undurchschaubar geworden.

(Dorn (F.D.P.): Sehr richtig!)

Insbesondere hat natürlich auch die Regelungswut der beteiligten Institutionen, ganz besonders auch des Staates - da nehme ich den Bund nicht aus -, dazu beigetragen.

Ansonsten enthält die Vorlage "Altenpolitik 2000" nichts Konkretes. Ich frage Sie einmal, Herr Minister: Wie viele Altenwohnungen, wie viele Reha-Angebote, wie viele Kurzzeitpflegeplätze, wie viele und welche Qualifizierungsmaßnahmen?

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (A) Der Landesrechnungshof hat Ihnen in seinem Prüfungsbericht doch einige Vorschläge gemacht: Änderung des Aufgabenbereichs der Sozialstationen, alleinige Zuständigkeit des MAGS für die Förderung von Alteneinrichtungen etc. Wo sind denn Ihre Stellungnahme dazu und die Umsetzung in der Vorlage? Keine Stellungnahme, keine Umsetzung! Der Diskussionsentwurf ist wirklich das teure Papier nicht wert, auf das er gedruckt wurde.

Und der vorliegende Haushalt, Herr Kollege Schmidt, läßt auch nicht erkennen, wohin die Reise gehen soll. Herr Minister, Sie reden nur, aber Sie haben überhaupt keine Konzeption. Sie können sie auch nicht haben - das ist völlig verständlich -, weil Ihnen nicht einmal die Zahlen vorliegen, um eine Konzeption entwickeln zu können. Das hat sich doch bei der Antwort auf unsere Große Anfrage herausgestellt. Sie haben kein Basismaterial. Sie haben das selbst in Ihrer Rede zugegeben, Sie hätten gern welches, aber Sie haben keines. Sie entwickeln ohne Basismaterial Konzeptionen. Daß Sie dann im theoretischen Bereich bleiben müssen und nie konkret sagen können, was Sie denn nun eigentlich wollen, bis wann Sie wie viele Altenwohnungen, wie viele Reha-Angebote etc. realisiert haben wollen - das ist doch das, was wir wissen wollen -, ist selbstverständlich. Auch der Landesrechnungshof hat einiges zu dem Zahlenmaterial ausgeführt, mit dem hier gearbeitet wird.

- (B) Meine Damen und Herren, hier wird nichts als blauer Dunst auf Steuerzahlers Kosten verbreitet. Sie können wirklich nicht erwarten, daß wir diesem Haushalt zustimmen. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Rösenberg das Wort.

Rösenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Ausführungen zu dem zweiten Bereich des Haushalts 07, der Jugend- und Familienpolitik, leite ich mit folgenden Feststellungen ein:

Erstens. Johannes Rau ist als SPD-Landesvorsitzender und als stellvertretender Bundesvorsitzender der Sozialdemokraten mit dafür verantwortlich, daß die SPD in familienpolitischer Hinsicht, was den Entwurf des Grundsatzprogramms betrifft, in die Werteordnung der Landesverfassung und des Grundgesetzes eingreift.

Zweitens. Die Regierung Rau verweigert den Familien Nordrhein-Westfalens ein Landeserziehungsgeld in Ergänzung zu einer beispielhaften Regelung auf Bundesebene und wird in einem wichtigen familienpolitischen Bereich ihrer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Die Regierung Rau verweigert in Nordrhein-Westfalen eine einheitliche Förderung aller Schwangerschaftsberatungsstellen und ist somit für eine Einteilung der Beratungsstellen in Beratungsstellen erster und zweiter Ordnung verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Durch die Versäumnisse der Regierung Rau in den letzten Jahren im investiven Bereich ist es dazu gekommen, daß heute rund 100 000 Kindergartenplätze in Nordrhein-Westfalen fehlen.

Fünftens. Durch unverantwortliche jugendpolitische Entscheidungen der Regierung Rau, deren negative Auswirkungen vorausgesagt worden sind, ist der offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen 1989 5 Millionen DM entzogen worden.

Zum ersten Gesichtspunkt: Eine Haushaltsdebatte darf sich nicht nur darauf konzentrieren, Beträge von einem Titel zum anderen zu bewegen und neue Mittel einzustellen, sondern sie ist auch der Platz, um Grundsatzfragen in diesem Zusammenhang aufzugreifen.

Wenn ich sagte, Johannes Rau und die SPD griffen in die Werteordnung des Grundgesetzes und der Landesverfassung ein, so meine ich damit folgendes: Im Entwurf der Sozialdemokratischen Partei auf Bundesebene - dieser Entwurf wird in Kürze beraten - wird zwar die Ehe als die häufigste und rechtlich am klarsten verfaßte Lebensform formuliert, es wird aber darauf hingewiesen, daß sie nur eine von vielen Lebensgemeinschaften darstelle. Die Familie ist nach diesem Entwurf der Sozialdemokraten nur noch die Lebensgemeinschaft Erwachsener mit Kindern. Genau darauf sollten Sie aber in Berlin achten. In ihrem Entwurf steht nicht mehr das, was in der Landesverfassung und im Grundgesetz formuliert worden ist. Im Artikel 5 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen werden Ehe und Familie als die Grundlage der Gesellschaft anerkannt. Es heißt dort: Sie stehen unter dem besonderen Schutz des Landes.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stellt Ehe und Familie unter den beson-

(C)

(D)

(Rüsenberg (CDU))

(A) deren Schutz der staatlichen Ordnung. Von diesen verfassungsmäßigen Aussagen des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen finden wir in diesem Entwurf der Sozialdemokraten, der in Berlin beraten wird, nichts mehr. Dieser Entwurf ist ein Dokument der Orientierungslosigkeit. Man greift in die Werteordnung des Grundgesetzes und der Landesverfassung ein, und man bricht den Grundkonsens in einer für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft existenziellen Frage. Johannes Rau schweigt dazu. Ich wäre dankbar, wenn er hier heute zu dieser Grundsatzposition Stellung nehmen würde.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Gesichtspunkt betrifft das Landeserziehungsgeld: Ich finde es gut, daß die Sozialdemokraten in ihrem Entschließungsantrag zu unserem Antrag auf Einführung eines Landeserziehungsgeldes im Grundsatz eine positive Bewertung abgeben. Da heißt es:

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen stellt fest, daß Elternurlaub und Erziehungsgeld wichtige familienpolitische Leistungen im Interesse der Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind.

Dieser Feststellung entsprechend hat die Regierung Helmut Kohl 1986 gehandelt. Sie hat eine beispielhafte familienpolitische Leistung, die zu erheblichen Verbesserungen der familienpolitischen Rahmenbedingungen geführt haben, eingeführt. Sie begrüßen auch als Sozialdemokraten nachdrücklich die von dieser Bundesregierung initiierte, vom Bundestag und vom Bundesrat beschlossene Verlängerung auf 18 Monate und sagen, dies sei ein Schritt in die richtige Richtung.

(B)

Nur dann - Frau Thomann-Stahl hat das eben ausgedrückt -, wenn es schwierig wird, für etwas auch zusätzliche Beträge im Landeshaushalt einzusetzen, immer wenn es schwierig wird, auch ordnungspolitisch eine vernünftige Antwort zu geben, dann sagen Sie, Bonn sei zuständig. Wenn Bonn das hervorragend leistet und sich positive Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen zeigen, dann ist es wiederum diese Landesregierung gewesen, die dies auf den Weg gebracht haben will.

Sie sagen, nach Sachzusammenhang und finanzpolitischer Größenordnung gehöre das Erziehungsgeld auf Bundesebene. Das verstehe ich nicht ganz. In der Landesverfassung ist eindeutig diese Aufgabenstellung für die Landesregierung und die Landespolitik beschrieben. Was die finanzpolitische Größenordnung angeht, ist zu fragen, wie Sie

das im einzelnen bemessen wollen. Sie haben die Aufgabe, diese Bemühungen zu unterstützen, damit die Familien in Nordrhein-Westfalen nicht weiter benachteiligt werden.

(C)

Die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin zahlen und gewähren bereits ein Landeserziehungsgeld. Wenn Sie in den bisherigen Diskussionen andeuten, daß der Erziehungsurlaub nicht drei Jahre dauere - ich bin dafür, daß Bonn ihn verlängert, um auch hier Möglichkeiten für ein verbessertes Landeserziehungsgeld zu schaffen -, dann darf ich aber darauf hinweisen, daß die Bayern ein Erziehungsgeld in Höhe von 500 DM am 1. Juli eingeführt haben. 75 % der Antragsteller auf Bundeserziehungsgeld nehmen inzwischen auch dieses Landeserziehungsgeld in Anspruch.

(Beifall bei der CDU)

Genau dies fordern wir auch für die Familien in Nordrhein-Westfalen.

Noch eine Bemerkung zur Finanzierung und zu der Aussage, Geld sei dafür nicht da: Wenn Sie 42 Millionen DM übrig haben - das habe ich in den Zeitungen gelesen -, um die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen zu renovieren, so meine ich, daß auch in diesem wichtigen familienpolitischen Bereich Prioritäten in finanzieller Hinsicht gesetzt werden müßten.

Nun zu den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen: Frau Thomann-Stahl, Sie meinten, diese Landesregierung fördere in diesem Bereich auch nicht einseitig. Sie tut es aber doch. Die katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen bekommen bisher keinen Pfennig an Landesdotationen. Sie leisten auch Beratung im Hinblick auf den Schutz des ungeborenen Kindes unter Berücksichtigung der §§ 218 ff. StGB.

(D)

Wir fordern - das soll unser Antrag nicht nur vom Finanzvolumen, sondern auch von der grundsätzlichen Zielbestimmung her deutlich machen, und deshalb beantragen wir eine namentliche Abstimmung - eine einheitliche Förderung aller Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Lande Nordrhein-Westfalen, wenn diese entsprechend der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Februar 1975 zugunsten des Lebens beraten, über Hilfe informieren und diese vermitteln.

(Beifall bei der CDU)

Wir können es nicht verantworten, daß Landespolitik letztlich dazu führt - und die von der

(Rüsenberg (SPD))

- (A) SPD praktizierte Landespolitik tut dies -, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen in Beratungsstellen erster und zweiter Ordnung aufzuteilen.

(Bensmann (CDU): Schlimm!)

Sie meinen, daß Ihre Erhöhung in diesem Bereich, die wir zur Kenntnis nehmen, eine richtliniengemäße Förderung der Beratungsstellen sichert. Das ist nicht der Fall. Wir kennen die Zahlen aus 1989. Es waren Brosamen, was einzelne Träger der katholischen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen noch bekommen haben. Unser Erhöhungsantrag hat zum Ziel und zum Inhalt, durch die Ausweitung des von uns beantragten Volumens nun alle zu fördern.

Der Staatssekretär hat auf meine Frage hin im Ausschuß dazu Stellung genommen und sinngemäß angedeutet, daß zunächst einmal aufgrund des Haushaltsvolumens die Beratungsstellen gefördert werden sollen, daß also gemäß den entsprechenden Richtlinien - wir haben sie eh noch nicht auf dem Tisch, aber sie werden im politischen Bereich draußen diskutiert; die zuständigen Ausschüsse werden nicht rechtzeitig informiert - den Trägern Mittel gewährt werden sollen. Dann erst sind entsprechend des Haushaltsvolumens die anderen an der Reihe. So kann man in diesem wichtigen Aufgabenfeld meines Erachtens mit den Trägern nicht umgehen.

- (B) (Zustimmung bei der CDU)

Wenn wir das ernst meinen, was uns heute in die Fächer gelegt worden ist, nämlich die gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz "Herausforderung und Aufgaben beim Schutz des Lebens", und wenn Konsens besteht mit dem, was inhaltlich zu der Beratungsaufgabenstellung der Kirchen - der genannten Kirchen und der darüber hinaus tätigen - hier ausgeführt wird, dann, so meine ich, sei gerade unser Antrag zur rechten Zeit gestellt worden und sichert genau die Beratungsaufgaben, die sich die kirchlichen Träger und die anderen in Nordrhein-Westfalen bisher in verantwortlicher Einstellung geteilt und damit den Menschen geholfen haben.

Meine Damen und Herren, nun zur Kindergartensituation! Wir werfen der nordrhein-westfälischen Landesregierung vor, aufgrund des nicht ausreichenden Einsatzes in den letzten Jahren dafür verantwortlich zu sein, daß circa 100 000 Kindergartenplätze im Lande Nordrhein-Westfalen fehlen. Diese Zahl wird von allen, die Fachkenntnisse besitzen, nicht bestritten. Meine Freunde,

(Unruhe bei der SPD)

(C) ich darf darauf hinweisen, daß es in den letzten Jahren vielleicht auch die Baurichtlinien, die Verwaltungsrichtlinien waren, die sich hemmend im investiven Bereich beim Bau von Kindergärten ausgewirkt haben. - Sie können doch hin und wieder auch einmal meine Freunde sein. Es gibt doch Parallelen in der politischen Arbeit, wo wir uns treffen. Und ich formuliere auch die Punkte, in denen unsere Meinungen auseinanderliegen. -

(Zustimmung bei der CDU)

Wir treffen uns, indem ich es begrüße, daß Sie in diesem Haushaltsjahr mehr Mittel einsetzen. Wir haben vor Jahren immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß dieses nicht reicht, und haben frühzeitig im Landtag die entsprechenden Anträge gestellt. Sie sind dem nicht gefolgt. Insoweit stehen wir vor dem Dilemma, daß uns 100 000 Kindergartenplätze fehlen.

Nun haben Sie ein Schlupfloch, um wiederum von Ihrer landespolitischen Verantwortung abzulenken und wieder nach Bonn zu schauen: den Gesetzentwurf des Kinder- und Jugendhilferechts. Sie lamentieren laufend landauf landab und beklagen, daß der Rechtsanspruch nicht formuliert worden ist. Ihnen steht es doch frei, täglich Jahr für Jahr im Lande Nordrhein-Westfalen aufgrund Ihrer politischen Gestaltung diesen Rechtsanspruch in die Praxis umzusetzen.

(Zustimmung bei der CDU)

(D) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Rüsenberg, ich muß Sie einmal unterbrechen. Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hellwig?

(Rüsenberg (CDU): Okay, Kollege Hellwig!)

- Bitte schön!

Hellwig (SPD): Herr Kollege Rüsenberg, können Sie Ihre Aussage, "Wir haben vor Jahren darauf hingewiesen", etwas präzisieren angesichts der Tatsache, daß wir vor drei, vier Jahren eine Reihe von Hinweisen von Kindergartenträgern bekamen, daß angesichts zu geringer Kinderzahlen Einrichtungen geschlossen werden sollen?

Rüsenberg (CDU): Wir haben das Thema immer aufgegriffen. Solange ich im Landtag bin, ist ein vorrangiges Thema der Christlichen Demokraten in diesem Land gewesen, gerade in diesem wichtigen Schwerpunktbereich für ausreichende Angebote zu sorgen. Wir haben ihn thematisiert mit unserer Großen

(Rüsenberg (CDU))

- (A) Anfrage zur Gesamtsituation der Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen. Aufgrund des Zahlenmaterials haben wir im Rahmen unserer Anträge zielgerichtet versucht, hier Politik zu betreiben.

Ich komme aus einem Kreis, wo man in einigen Orten von bisher drei auf nunmehr zwei Gruppen reduziert hat, weil es an Kindern fehlte. In einer Stadt - auch im Kreis Höxter - zeigte sich ein zusätzliches Angebot. Darauf muß Politik frühzeitig reagieren - die Zahlen lagen uns vor -; das ist versäumt worden.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Rüsenberg, es liegt noch eine Zwischenfrage vor. Wollen Sie die auch noch beantworten?

(Rüsenberg (CDU): Wenn es zeitlich ein wenig berücksichtigt wird, okay.)

- Ich sehe gerade, daß es sich um ein Mißverständnis gehandelt hat.

Rüsenberg (CDU): Minister Heinemann wird gleich sprechen. Vielleicht haben wir noch einmal Gelegenheit zu antworten. Dann werden wir konturenreich unsere politischen Alternativen deutlich machen können.

- (B) Abschließend zur Änderung des Förderverfahrens der offenen Jugendarbeit. Meine Damen und Herren, was haben Sie da für Erwartungen geweckt: zusätzliches Finanzvolumen von 6,3 Millionen DM plus Wegfall der Wiederbesetzungssperre - über 8 Millionen DM -, mehr Gerechtigkeit für die Träger vor Ort, finanzielle Sicherheit für die, die in dem Bereich der offenen Jugendarbeit arbeiten und so weiter, und so fort. Wir haben es Ihnen zu Beginn des Jahres vorausgesagt - und nicht nur wir allein -: All das, was Sie vielleicht in guter Absicht vorhatte, ist durch die politischen Entscheidungen und durch die desolaten, teilweise unverantwortlichen, durch Hetze geprägten Umsetzungsmaßnahmen zu einem Punkt gebracht worden, daß in 1989 - und ich befürchte, auch in 1990 - alles in diesem Bereich wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen wird.

Aufstockungsteil: 6,3 Millionen DM! Wir haben darauf hingewiesen: Laßt uns den Vorstellungen der CDU Genüge tun und folgt uns, indem dieser Aufstockungsteil den Trägern im Bereich der offenen Jugendarbeit zugute kommt, die bereits jetzt hervorragende Arbeit leisten, sich aber noch nicht in der Landesförderung befinden, sprich: Abbau der Warteliste. Man ist uns nicht gefolgt.

(C) Es haben eine Vielzahl von politischen Diskussionen und Fachgesprächen stattgefunden. Die Jugendpfleger in Nordrhein-Westfalen meinen, das Verfahren, welches zur Kommunalisierung eingeleitet worden ist, sei unbefriedigend. Sie meinen, die politischen Vorgaben für die Abwicklung des Aufstockungsteils hätten faktisch bis jetzt den Einsatz von Landesmitteln verhindert.

Es ist aus jugendpolitischer Sicht doch unverantwortlich, daß der Bereich der offenen Jugendarbeit und den Trägern, die in diesem Bereich auch 1989 hervorragende Arbeit leisten, in einem Haushaltsjahr über 5,3 Millionen DM entzogen werden. Es ist unverantwortlich, daß die Diskussion über die Richtlinien den Stand erreicht hat, daß man davon ausgehen kann, daß sich die desolante Situation des Jahres 1989 auch 1990 fortsetzen wird. Es ist unverantwortlich, daß bis zum heutigen Tage nach meiner Kenntnis kein einziger Bewilligungsbescheid in diesem Bereich des Aufstockungsteils an die Träger ergangen ist. Zu Recht fordern die Verbandsvertreter, 1990 die Förderung zu Beginn des Jahres einsetzen zu lassen.

(D) Meine Damen und Herren! Wir stehen mit dieser Kritik nicht allein. Ich nehme die Beschlußfassung des Jugendwohlfahrtsausschusses von Westfalen-Lippe und den einstimmig - mit den Stimmen der Sozialdemokraten in Münster und Köln - gefaßten Beschluß des Landschaftsverbands Rheinland zur Kenntnis. Man beklagt zu Recht, daß man es nicht akzeptieren könne, daß diejenigen Gebietskörperschaften, die erhebliche eigene Anstrengungen erbracht haben, von der Landesförderung in den letzten Jahren wegen der fehlenden Mittel aber ausgeschlossen waren, von der Aufstockung nicht profitierten. Man ist zu Recht darüber befremdet, daß der größere Teil der Aufstockungsmittel in diesem Haushaltsjahr nicht vergeben werden kann. Und man bedauert zu Recht, daß vom Landtag beschlossene Haushaltsmittel zur Förderung der offenen Jugendarbeit in nicht unerheblicher Höhe nicht bewilligt werden können.

Meine Damen und Herren und Mitstreiter von der sozialdemokratischen Fraktion! Dieser Beschlußfassung lag ein Antrag der Sozialdemokraten in Münster, gestellt von Frau Bolte, zugrunde. Das macht deutlich, daß wir mit unserer berechtigten Kritik nicht allein stehen. Wir äußern dies nicht im nachhinein bei Haushaltsberatungen, sondern wir haben es seit Anfang des Jahres gesagt. Wir haben deutlich gemacht, zu welchem Schluß Ihre jugendpolitische Arbeit gelangen muß. Dies zeigt sich als Tatbestand hier und heute.

(Rüsenberg (CDU))

- (A) Dort setzt unsere Kritik an, und wir verbinden sie mit der Bitte, auch im jugendpolitischen Bereich unseren Vorstellungen zu folgen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Heckelmann von der Fraktion der SPD das Wort.

Heckelmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rüsenberg, Sie werden feststellen, daß ich in meiner Rede gerade die vier von Ihnen angesprochenen Punkte - als ob ich es geahnt hätte - in der Gänze erwähnen werde. Ich möchte allerdings, da Sie mit dem jugendpolitischen Teil aufgehört haben, mit diesem beginnen.

Ich glaube, wir waren uns im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie alle darüber im klaren, daß die Notwendigkeit der Umstellung zu einem neuen Förderverfahren gegeben ist, um Jugendarbeit insgesamt zu sichern und um sie auch über Finanzschwierigkeiten der nächsten Jahre hinwegzubringen. Da halte ich es für richtig zu erwähnen, daß der Landtag Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1989 64 Millionen DM zur Förderung und zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit bereitgestellt hat. Wenn es da einige Haken und Ösen gegeben hat, so darf man nicht der Landesregierung anlasten, daß in den Jugendämtern vor Ort einiges nicht richtig bearbeitet worden ist. Es sind Anträge zum Ministerium geschickt worden, mit denen niemand als Auswirkung auf die Finanzierung etwas anfangen konnte. Ich werde in einem anderen Zusammenhang gleich noch einmal darauf eingehen.

(B)

(Zuruf der Frau Abg. Philipp (CDU))

- Ja, so ist es, Frau Hieronymi!

Lassen Sie mich für das Haushaltsjahr 1989 eine erste Feststellung treffen! Die Ausgaben für die Jugend- und Familienförderung im Einzelplan 07 übersteigen in diesem Jahr den stolzen Betrag von 1,1 Milliarden DM. Dabei sind die familienfördernden Ansätze in anderen Einzelplänen noch unberücksichtigt, z. B. Wohnumfeldverbesserung oder der Bereich der Stadtsanierung.

Zweite Feststellung! Allein im Kapitel 07 050 des Einzelplans 07 sind für das Jahr 1990 73,5 Millionen DM mehr veranschlagt als im Jahr 1989. Das bedeutet eine Steigerung von rund 7 % nur in diesem Haushaltskapitel - ein Steigerungssatz, der erheblich über dem Gesamthaushalt liegt.

Auch Zahlen machen deutlich, in welcher Weise das Land Nordrhein-Westfalen einen sozialpolitischen, in unserem Falle also einen familienpolitischen, einen jugendpolitischen und damit einen gesellschaftspolitischen Schwerpunkt setzt. Um diese Summe richtig zu würdigen, muß man sich außerdem klarmachen, daß es in der Familienpolitik auch gemeindliche Aufgaben und vor allen Dingen Bundesaufgaben gibt. Finanzielle Umverteilungen, der Familienlastenausgleich also, sind nach der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern und der Finanzverfassung der Bundesrepublik Bundesaufgabe. Der Landeshaushalt hat also in der Familienförderung nicht allein mit direkten finanziellen Hilfen zu tun. Das soll und das muß so bleiben, wenn das Land seine eigentlichen Aufgaben auf dem Gebiete der Familienpolitik auch künftig so gut wie bisher erfüllen will.

(C)

Deshalb, meine Damen und Herren von der CDU, muß ich erwähnen, weshalb wir Ihre Anträge auf Einführung eines Landeserziehungsgeldes oder eines Familiengründungsdarlehens in der Vergangenheit abgelehnt haben und jetzt ablehnen werden. Wir haben zwar heute das Gesetz dazu nicht auf der Tagesordnung, wir lehnen aber schon jetzt Ihren darauf bezogenen Haushaltsantrag ab.

Man darf und sollte die Verantwortungsverteilung zwischen Bund und Ländern nicht verwischen, wie Sie uns das verschiedentlich vorschlagen. Auf der Bundesebene - Sie haben das teilweise erwähnt, Herr Rüsenberg - sind sich die SPD und die Sozialpolitiker der CDU einig, daß Elternurlaub und Erziehungsgeld schrittweise, aber so schnell wie möglich auf drei Jahre erweitert werden sollen.

(D)

Wenn sich unsere Kolleginnen und Kollegen auf der Bundesebene einig sind, daß es sich hierbei um eine Bundesaufgabe handelt, dann frage ich Sie, welchen Sinn es noch macht, den Landeshaushalt mit einer Art Überbrückungsgeld zu belasten. Wenn die Verlängerung des Elternurlaubs wirklich so dringend ist - und darin stimmen wir überein -, dann ist es eine Aufgabe des Bundes, die nächsten Schritte schneller zu realisieren, als dies gegenwärtig geschieht. Im Lande nämlich hat Familienpolitik andere Aufgaben. Und es ginge unweigerlich zu deren Lasten, wenn man "mal so eben" etliche Millionen für die Erfüllung einer Bundesaufgabe lockermachen würde.

Wir haben Ihnen dies während mehrerer Haushaltsberatungen bereits klargemacht: daß das Land Nordrhein-Westfalen bei seinen familienpolitischen und bei den jugendpolitischen Aufgaben Hervorragendes leistet.

(Heckelmann (SPD))

- (A) Diese Aufgaben reichen vom Kindergartenwesen bis zu den Beratungsstellen, von der sozialpädagogischen Familienhilfe bis zur offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit. Wir haben die Landesaufgabe immer darin gesehen, eine Infrastruktur zu schaffen und aufrechtzuerhalten, die Familien unterstützt und entlastet, Kinder und junge Menschen bei ihrem Weg ins Leben unterstützt und somit das notwendige Klima für Familie und Kinder schafft.

Dabei haben wir Programme, die sich an alle richten, und wir haben Programme, welche die besonderen Probleme von aus welchen Gründen auch immer Benachteiligten aufgreifen. Wir können uns mit einer unvergleichlichen Leistungsstruktur im Bund sehen lassen.

Sie wissen wie wir, daß wir in den Landesjugendplan mehr Geld eingestellt haben als alle Bundesländer zusammengenommen. Der Landesjugendplan war bei den Veränderungen für den Haushaltsplan 1990 kein besonderer Schwerpunkt. Das war im letzten Jahr der Fall. Diese Verbesserungen - ich greife an dieser Stelle noch einmal auf, was ich zu Anfang gesagt habe - vor allem im Bereich der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit sind fortgeschrieben worden.

- (B) Was wir für den Haushalt 1990 getan haben, war, sich auf zwei aktuelle Veränderungen einzustellen, nämlich auf den demokratischen Aufbruch in Polen und vor allen Dingen in der DDR. Wir können das, was sich dort entwickelt, durch die Förderung von Kontakten unterstützen. Deshalb haben wir für die Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustauschs mehr als 400 000 DM zusätzlich und für deutsch-deutsche Begegnungen 1 Million DM zusätzlich in den Landeshaushalt eingestellt. Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll und sollte sich ein pluralistischer Austausch neuer Jugendarbeit mit der DDR ermöglichen.

In der Hilfe für Familien hat das Beratungswesen und die Familienbildung einen besonderen Stellenwert. Familienhilfe muß in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sein. Sie darf die Familie nicht entmündigen, sondern muß sich zum Ziel setzen, die Selbstgestaltungskräfte zu stärken oder dort, wo sie nicht in hinreichendem Maße vorhanden sind, aufzubauen.

Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren - in dieser Legislaturperiode und darüber hinaus - ein differenziertes System von Beratungsstellen geschaffen, das von den allgemeinen Ehe-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen über spezialisierte Formen

der Beratung wie Frauenberatungsstellen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen bis hin zu den Strukturen für schwierige Sonderprobleme wie die Drogenberatung reicht. Wir haben im vergangenen Haushalt begonnen - Sie haben das, bezogen auf Ihren Antrag, erwähnt, Herr Rüsenberg -, die Schwangerschaftskonfliktberatung auf verbesserte Grundlagen zu stellen. (C)

Die Landesregierung hat in den Beratungen entgegen Ihrer Meinung, die Sie eben geäußert haben, mit allen Trägergruppen, zum Beispiel mit den Kirchen, ein Gesamtkonzept entwickelt, das den unterschiedlichen Grundauffassungen Rechnung trägt und allen den Platz einräumt, der zu einem Konsens mit den Trägern geführt hat und der somit erreicht worden ist.

Wir ziehen auch für den Haushalt 1990 die notwendige Konsequenz in dieser Arbeit und stocken abermals die Mittel um 1,2 Millionen DM auf, nachdem - Sie wissen das, Herr Rüsenberg - wir das im vergangenen Jahr mit einem Mehr von 3,9 Millionen DM getan haben.

In unsere Aktion "Kinder sind unsere Zukunft" ordnet sich ein, daß wir die Mittel für fünf weitere ärztliche Anlaufstellen für Probleme der Kindesmißhandlung bereitstellen wollen.

Unterhalb dieser Beratung, sozusagen noch mehr im vorbeugenden Bereich, ist die Familienbildung eingeordnet. Wir halten sie unter den heutigen Lebensverhältnissen für eine wichtige, für eine zentrale Form der Familienförderung. Auch hier werden im Haushalt 1990 die Mittel um 1,2 Millionen DM erhöht. (D)

Den eindeutigen finanziellen Schwerpunkt der Familienpolitik im Einzelplan 07 bilden die Tageseinrichtungen für Kinder, also der gesamte Bereich Kindergärten, Horte, Krippen und Krabbelstuben. Die Haushaltsansätze werden gegenüber dem Vorjahr um 56,5 Millionen auf 739,5 Millionen DM steigen. Das ist eine Steigerungsrate von mehr als 10 %. Hinzu kommt, daß wir die Verpflichtungsermächtigungen für Baumaßnahmen um fast 19 Millionen DM auf ca. 55 Millionen DM anheben. Dieser Ausgabenblock soll die Qualität weiter sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In keinem anderen Bundesland stehen für unsere Kleinen so viele pädagogische Kräfte zur Verfügung wie bei uns in Nordrhein-Westfalen. Natürlich gibt es noch Wünsche nach weiteren Verbesserungen; aber ich kann wohl auch ohne Übertreibung sagen, daß der, der um Verbesserungen kämpft, nirgendwo

(Heckelmann (SPD))

- (A) bessere Betreuungsverhältnisse in den Kindergärten vorfindet als gerade bei uns im Lande Nordrhein-Westfalen.

Überall in der Bundesrepublik werden für den Besuch des Kindergartens Elternbeiträge erhoben. Wir würden gerne darauf verzichten, können dies aber angesichts der finanziellen Bedingungen in der Sozialpolitik in allen öffentlichen Haushalten, angefangen von den Gemeinden über alle hinweg bis zu den Bundesländern und bis zum Bund nicht.

Nun, wer ein geringes Einkommen hat, zahlt in Nordrhein-Westfalen die bundesweit niedrigsten Elternbeiträge, nämlich 35 DM pro Platz, und das bei Selbsteinschätzung. Für diejenigen, die auch durch diesen Betrag unzumutbar belastet werden, haben wir im Kindergartengesetz ausdrücklich geregelt, daß diese Belastung von der Jugendhilfe übernommen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre sicherlich besser gewesen, den gesetzlichen Kindergartenanspruch im neuen Jugendhilferecht des Bundes zu verankern; das ist leider nicht geschehen.

Die Steigerung im Haushalt des Jahres 1990 zeigt, daß wir auf die steigenden Kinderzahlen reagieren. Vor allem der Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern ließ in den letzten Monaten die Nachfrage nach Kindergartenplätzen dramatisch und drastisch steigen.

- (B) Wir haben bereits im vergangenen Jahr den Haushaltsentwurf der Landesregierung verändert und zusätzliche Mittel für Aussiedlerkinder veranschlagt. Wir wollen 1990 die Mittel noch einmal verdoppeln, so daß also in den Jahren 1989 und 1990 zusammen somit fast 160 Millionen DM zur Verfügung stehen, womit bis zu 30 000 Kindergarten- und Tagesplätze geschaffen werden können.

Den Kolleginnen und Kollegen von der CDU war das noch nicht genug. Das ist richtig, und sie haben beantragt, den Investitionsrahmen um weitere 35 Millionen DM auszuweiten. Ich will gern zugeben, Herr Rüsenberg, daß die steigende Nachfrage und der voraussichtliche Bedarf in den nächsten Jahren auch diese Summe rechtfertigen. Nur, die Träger müssen dies auch realisieren können.

(Zustimmung bei der SPD)

Mehr als die Beträge, die wir in den Haushalt eingestellt haben, läßt sich kaum verbauen. Das hat auch etwas mit dem Prinzip von

Haushaltswahrheit und -klarheit zu tun. Ich richte deshalb hier an alle, die mitwirken müssen, an die Gemeinden, an die Träger der Kindergärten die dringende Bitte, das Finanzierungsangebot des Landes anzunehmen, (C)

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

zusätzlich kostengünstige Plätze zu schaffen und sich auf die Herausforderung der 90er Jahre einzustellen. Denn ich sage bereits hier und heute: Das Investitionsprogramm 1990 wird keine Eintagsfliege sein. Wir werden und wir müssen in den nächsten Jahren die Zahl der Kindergartenplätze und der Tagesplätze für Kinder weiter ausbauen. Das erfordert Vorkehrungen nicht nur beim Land, sondern auch bei den Gemeinden und den freien Trägern. Dazu sind wir alle aufgerufen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich frage, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Sie möchten noch sprechen? - Bitte sehr, Herr Kollege Reichel für die Fraktion der F.D.P.!

Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte ja schon in den Ausschußberatungen darauf hingewiesen: Ich denke, nichts kennzeichnet die Entwicklung des Etats für Jugend und Familie besser, als wenn man sagt, hier herrsche Stillstand. Und vor dem Hintergrund, daß ja doch im Bereich Jugend und Familie erhebliche Veränderungen, was die Bedarfslage angeht, stattgefunden haben - wenn ich nur einmal an die gestiegenen Ansprüche Jugendlicher denke, wenn ich daran denke, daß ja zu unseren Angeboten der außerschulischen Jugendarbeit immer mehr kommerzielle Anbieter in Konkurrenz treten -, dann ist natürlich Stillstand beim Haushalt Rückschritt in der Sache. Wir bedauern das. Daran haben auch Änderungsanträge, wie sie jetzt in unserer Beschlußvorlage diesem Haus vorliegen, wenig geändert. (D)

Ein typisches Beispiel dafür, was ich mit dieser pauschalen Beurteilung des Bereiches Jugend und Familie meine, ist die Entwicklung in der offenen Jugendarbeit. Wir haben im vergangenen Jahr ja einen sehr zaghaften Einstieg in eine Reform der offenen Jugendarbeit gewagt. Meine Fraktion hat die dabei formulierten Ziele ausdrücklich unterstützt: Mehr Entscheidungsfreiheit und Verantwortung auf die örtliche Ebene, Aufnahme neuer und interessanter Einrichtungen und auch keine ewige Bestandsgarantie für solche Einrichtungen, zu denen nur noch die Hauptamtlichen gehen, die für Jugendliche offenbar den Reiz verloren haben!

(Reichel (F.D.P.))

- (A) Ich habe nun selten erlebt, meine Damen und Herren, wie ein politisches Anliegen dieses Parlaments so dilettantisch umgesetzt worden ist. Wir mußten uns im Ausschuß am 26. Oktober erzählen lassen, daß zum Zeitpunkt unserer Sitzung Mittel für neue Projekte noch gar nicht angerührt waren. Wohlgermerkt: Im Oktober dieses Jahres waren Mittel für neue Projekte noch gar nicht angerührt! Und dann haben wir zu unserem Erstaunen vom Ministerium gehört, nach den Schätzungen der Landesregierung würde auch bis zum Ende des Jahres nur etwa ein Zehntel der Mittel, die dort angesetzt sind, verausgabt sein.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund fällt das, was wir zur offenen Jugendarbeit vereinbart haben, dieses Ziel der Dezentralisierung der offenen Jugendarbeit auf die Ebene eines Potemkinschen Dorfes zurück. Ich bedaure das ausdrücklich, und, Herr Minister, wer so neue politische Ziele des Parlaments umsetzt, der darf sich nicht wundern, wenn im ganzen Land Widerstand gegen eine Reform der offenen Jugendarbeit geleistet und dieses Anliegen zurückgeworfen wird. Man kann hier in der Sache unterschiedlicher Meinung sein; aber wenn man es denn so will, dann haben Sie diesem Anliegen durch die Art der Abwicklung schweren Schaden zugefügt. Sie haben wirklich bei manchen, mit denen man spricht, das Gefühl verbreitet, hier wäre das Chaos zum Programm geworden.

- (B) Herr Heckelmann, ich bin auch nicht damit einverstanden, daß Sie jetzt sagen, das alles liege an nachgeordneten Stellen. - Dieses Parlament gibt seinen Kontrollanspruch über die Landesregierung auf, wenn wir die Schuld an der schlechten Abwicklung von politischen Vorhaben, wie hier definiert wird, immer nur bei nachrangigen Stellen suchen und uns hinter kommunalen Behörden verschancen.

Das geht nicht. Wir haben uns hier mit der Landesregierung auseinanderzusetzen. Die Landesregierung haftet. Von diesem Prinzip darf ein selbstbewußtes Parlament nicht abweichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte zwei erfreulichere Aspekte ansprechen. Der erste: Wir wissen, daß die beste Versicherung gegen die Anfälligkeit junger Menschen für rechtsradikale Parolen eigenes gesellschaftliches Engagement ist. Eigenes gesellschaftliches Engagement in Verbänden, in Initiativen, in Parteien fördert die Kenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge; das macht immun gegen einfache Parolen und Vorurteile. Der Ort, an dem in

Nordrhein-Westfalen die meisten Jugendlichen engagiert sind - die meisten Jugendlichen, die von sich sagen, sie seien engagiert -, sind die Schülerzeitungen. 26 % der Jugendlichen, die sich selber als engagiert bezeichnen - das gibt eine Studie, die der MAGS bei Infas in Auftrag gegeben hat, wieder -, sagen, sie engagierten sich in Schülerzeitungen. Das rangiert vor der Mitarbeit in kirchlichen Verbänden, vor der Mitarbeit in Umweltschutzorganisationen. Es gibt also keinen Ort, wo so wirkungsvoll eine Schutzmauer gegen den Einfluß simpler Sprücheklopfer und damit auch gegen den Einfluß radikaler Kräfte errichtet wird.

(C)

Vor diesem Hintergrund freue ich mich ganz besonders, daß der Ausschuß einstimmig dem Antrag meiner Fraktion gefolgt ist, die Mittel für den Dachverband der Landesschülerpresse kräftig aufzustocken und damit der Preisentwicklung der letzten Jahre in den Bereichen Druck, Porto und Papier Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir erzeugen hier mit einem überschaubaren Betrag eine große Wirkung. Ich möchte das ausdrücklich herausstellen, weil der Betrag im Gesamthaushalt natürlich wirklich keine so herausragende Bedeutung hat. Ich hoffe, daß wir hiermit auch einen Präzedenzfall geschaffen haben und der Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Verbesserung der Rechtsstellung von Schülerzeitungen auch endlich vorankommt.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Der zweite erfreuliche Aspekt ist von Herrn Heckelmann angesprochen worden: der Jugendaustausch. Einige von uns hatten ja Gelegenheit, gemeinsam mit dem Landesjugendring im Oktober nach Warschau zu fahren. Wir haben dort erste Eindrücke von der Demokratisierung in Polen gewinnen können. Wir haben auch ein Gefühl dafür gewonnen, wieviel sinnvolle Hilfe wir da leisten können. Ich glaube, auch für uns war manches vorbildlich bei dem, was wir dort, in dieser heranwachsenden Demokratie, gesehen haben: mindestens der Idealismus der jungen Abgeordneten, die gerade erst gewählt worden sind, mit denen wir sprechen konnten, die eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufbauen wollen und mit unserer Unterstützung ganz sicher auch aufbauen können.

Nun hat das deutsch-französische Jugendwerk viel dazu beigetragen, aus Erzfeinden feste Freunde zu machen. Ich denke, vor dem

(Reichel (F.D.P.))

- (A) Hintergrund der deutsch-polnischen Geschichte gibt es viele Anlässe, über ein ähnliches Projekt in diesem Bereich nachzudenken. Das Land sollte daher in enger Abstimmung mit dem Bund, der ja bereits ein Abkommen mit Polen über den Jugendaustausch geschlossen hat und jetzt einen deutsch-polnischen Jugendrat errichten wird, hier auch im Jugendaustausch Schwerpunkte setzen. Darauf hat der Ausschuß sich verständigt, und das begrüßen wir ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit zwei weniger erfreulichen Aspekten schließen. Der erste: Für eine moderne Familienpolitik spielen qualifizierte Kinderbetreuungsangebote eine zunehmend wichtige Rolle. Es geht dabei nicht nur um die Verwahrung von Kindern, sondern es geht um vorschulische Erziehungseinrichtungen, bei denen berufstätige Mütter guten Gewissens ihre Kinder abgeben können. Ich unterstreiche "guten Gewissens"; denn erst das ist eine reale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Vor dem Hintergrund muß ich feststellen: Die Anstrengungen der Landesregierung bei der Bereitstellung von Kindertageseinrichtungen sind unzureichend. Sie sind nicht mehr als eine notdürftige Antwort auf die Aus- und Übersiedlerströme.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- (B) Wir reden nicht nur über zusätzliche Plätze, wir reden auch über die Qualität dieser Angebote. Wir haben einen Antrag vorgelegt, mit dem wir uns im Ausschuß beschäftigen müssen; ich brauche das jetzt nicht bis in alle Einzelheiten zu vertiefen.

Wir reden auch über einen intelligenteren und flexibleren Umgang mit vorhandenen Ressourcen, über flexibleren Personaleinsatz, über flexiblere Gruppenstärken, über flexiblere Öffnungszeiten. Wir werden ja im Ausschuß möglicherweise in einigen Punkten auf gemeinsame Nenner kommen; ich hoffe das.

Was den Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Aspekt angeht, werden wir uns heute wie im Ausschuß der Stimme enthalten, weil wir nicht in die laufenden Beratungen des Ausschusses hinein präjudizieren wollen, im Kindergartenbereich eine bestimmte Summe in den Haushalt einzustellen. Wir sind in der Sache Ihrer Auffassung. Wir werden uns im Hinblick auf das im Ausschuß laufende Beratungsverfahren über unseren Antrag zur Kindergartenproblematik der Stimme enthalten.

Der zweite Aspekt, der weniger erfreulich ist, meine Damen und Herren: Im Haushalt

- (C) häufen sich die "schwarzen Kassen": Innovative Familienpolitik - 300 000 DM; Förderung bestimmter Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens - 1,1 Millionen DM; Veranstaltungen, Untersuchungen, Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der Jugend- und Familienhilfe - 556 000 DM. Im vorigen Jahr ist immerhin noch vom letzterem Ansatz ein Großteil der Mittel an freie Träger geflossen. Für das kommende Jahr wird alles zugunsten des Ministeriums umgeschichtet.

Meine Damen und Herren! Wenn solche Positionen innovativ sein sollen - das könnten sie ja auch - und nicht nur Wahlkampfhilfe für die gerade regierende Partei werden sollen, dann wünschen wir uns zumindest eine starke Beteiligung des Parlaments an der Vergabe dieser Mittel. Wenn das nicht möglich ist, kann ich nur feststellen: Wer hier offenbar ganz bewußt so unklar Haushaltspositionen formuliert, der fördert nur den Mißbrauch öffentlicher Mittel für Wahlkampfw Zwecke. Dem werden wir niemals zustimmen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herrn Heinemann, das Wort. Bitte schön!

- (D) Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehört seit einigen Jahren zu den Besonderlichkeiten der Haushaltsdebatte in unserem Lande, daß sich der Vertreter der CDU bei der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik immer wieder als der angeblich bessere Sozialdemokrat präsentiert.

(Heiterkeit bei der CDU)

Auch ich bin für weitere Verbesserungen. Ich sage auch gleich zu Beginn: Jubel über Bilanzen und undifferenzierte Selbstzufriedenheit passen nicht zur aktuellen Massenarbeitslosigkeit, zu Verarmungstendenzen in der Bevölkerung, wie sie die Kirchen und auch das Deutsche Rote Kreuz immer wieder feststellen, und zum schweren Start von Aus- und Übersiedlern bei uns.

Aber wird hier nicht wirklich der Bock zum Gärtner gemacht, wenn ausgerechnet von denen Verbesserungen angemahnt werden, deren Landesvorsitzender Druck auf Arbeitslose und Manipulationen an der Arbeitslosenstatistik mit Arbeitsmarktpolitik verwechselt,

(Beifall bei der SPD)

(Minister Heinemann)

(A) der für einen dramatischen Abbau sozialer Schutzrechte steht und bei dessen sogenannter Gesundheitsreform alle Bürger mit kleinem Geldbeutel unter den Schlitten geraten sind?

(Beifall bei der SPD) - Widerspruch bei der CDU)

Fragen Sie die Bevölkerung! Ich empfehle Ihnen, dazu auch einmal einige Aufklärungssendungen in den Fernseh- und Rundfunkberichterstattungen anzusehen. Dann werden Sie feststellen - auch wenn Sie mit den Menschen, die davon betroffen sind, sprechen -, welchen Schaden diese Gesundheitsreform bei vielen langfristig kranken und alten Menschen hervorgerufen hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Hier ist auch wieder - wie es bei Ihnen Mode ist - eine Umverteilung von unten nach oben erfolgt.

(Widerspruch bei der CDU)

Herr Arentz, Sie vertreten hier Positionen eines Vegetariers im Wolfsrudel,

(Beifall bei der SPD)

der bei allen seinen Forderungen, die im Laufe eines Jahres zusammenkommen, aber auch den Blick für eine seriöse Haushaltspolitik völlig verloren hat.

(B) Wenn ich einige Ihrer Passagen mit dem vergleiche, was Herr Linssen gestern vorgetragen hat, dann sage ich, haben Sie das Verspritzen von Gift, das Herr Linssen gestern begonnen hat, heute fortgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde mich darauf einstellen, daß das bis zum 13. Mai 1990 Ihre Methode ist. Die Bevölkerung - das sage ich Ihnen - wird darauf richtig reagieren.

(Zurufe von der CDU)

Mit Ihren Forderungen stehen Sie dabei im krassem Gegensatz zu dem, was die CDU überall dort macht, wo sie das Sagen hat.

(Arentz (CDU): Wie bitte?)

Erst vor wenigen Tagen hat Norbert Blüm im Deutschen Bundestag wieder einmal erklärt, Aus- und Übersiedler könnten auch einen Schub gegen die Gesinnung einer "Hängematten-Gesellschaft" werden.

Ich sage Ihnen: Wir kämpfen nicht gegen Hängematten; wir kämpfen gegen Arbeitslosigkeit und neue Verarmungstendenzen. (C)

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Unser Weg ist klar: Mit unserem hohen Niveau bleiben wir in Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe bei der CDU - Arentz (CDU): Selbstzufriedenheit!)

Zu den neuen Herausforderungen gehört dabei die große Zahl von Aus- und Übersiedlern, die in unser Bundesland kommen: Insgesamt sind es allein von Januar bis November 1989 über 150 000 - darunter bis heute etwa 55 000 Übersiedler aus der DDR - gewesen.

Ich warne eindringlich davor, das Schicksal dieser Menschen, die dem Kommunismus den Rücken gekehrt haben, noch einmal als billige Wahlkampfmunition zu gebrauchen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es im Kommunalwahlkampf erlebt, und Herr Arentz hat das heute auch wieder versucht.

Die Menschen, die zu uns kommen, sind schon in der DDR immer wieder durch die Politik mißbraucht worden. Damit muß in der Bundesrepublik ein für allemal Schluß sein. (D)

Die drückendste Not bleibt dabei die Versorgung mit Wohnraum. Wir tragen schwer daran, daß es erklärte Politik der Bundesregierung war, den sozialen Wohnungsbau einzustellen. Was über Jahre versäumt wurde, kann jetzt nicht in wenigen Wochen und Monaten wiedergutmacht werden.

(Beifall bei der (SPD) - Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Schauerte?

(Minister Heinemann: Ja.)

- Herr Abg. Schauerte, bitte schön.

Schauerte (CDU): Herr Minister, wir sind uns wirklich einig darin, daß die Wohnraumversorgung absoluten Vorrang genießt. Warum haben denn dann Ihre Freunde einen Antrag der CDU im Haushalts- und Finanzausschuß

(Schauerte (CDU))

- (A) abgelehnt, 110 Millionen DM Landesmittel zusätzlich zur Verfügung zu stellen?

(Beifall bei der CDU)

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Schauerte, ich komme darauf, weil ich Ihnen sage, daß man nicht immer wieder Forderungen an das Land stellt, wenn man sich auf Bundesebene entlastet.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU)

Ich sage Ihnen deutlich: Wenn Herr Arentz hier vorhin zum Wohnungsbau einige Behauptungen aufgestellt hat, dann soll er seinen Parteifreund Rommel, den Stuttgarter Oberbürgermeister, fragen, der Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat, daß mit einem Betrag von 10 Milliarden DM im Jahr die notwendigen Maßnahmen gefördert werden müssen.

Was jetzt in Bonn geschieht, ist eine Flickschusterei. Das werden Ihnen alle Fachleute bestätigen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein und löst nicht die Probleme, die im Interesse dieser Menschen zu lösen sind.

(Beifall bei der (SPD))

- (B) In Nordrhein-Westfalen leben heute noch Zehntausende von Aus- und Übersiedlern in Übergangswohnheimen. Auch da hat der Bund seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Alle elf Bundesländer - ob sozialdemokratisch oder christlich-demokratisch regiert - haben den Bund seit Jahren immer wieder aufgefordert, seinen Verpflichtungen, die er nach den Grundgesetz hat, nachzukommen. Der Bund hat sich aber mit null DM beteiligt. Das müssen Sie einmal entgegnehmen.

Ich nutze die heutige Debatte nicht nur, diese Menschen, die in diesen Einrichtungen leben, noch um Geduld zu bitten, bevor wir Ihnen bessere und menschenwürdigere Wohnmöglichkeiten bieten können. Ich nutze sie auch, um einmal ganz herzlich den Menschen zu danken, die mit ihrem großen persönlichen Einsatz, der über die bloße Pflichterfüllung immer wieder weit hinausgeht, die Not gesteuert und dafür gesorgt haben, daß in unserem Bundesland jeder Aus- und Übersiedler wenigstens ein notdürftiges erstes Dach über dem Kopf gefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Einsatz war dabei immer wieder ein tatkräftiges Zeichen der Zusammengehörigkeit der Deutschen, für das ich dankbar bin.

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollen uns auch darauf einstellen, daß der Zustrom eher stärker als schwächer wird, weil wir uns - alle Beteiligten - große Sorgen über eine Entwicklung der Gewalt machen, deren Eskalation nicht auszuschließen ist. Man kann nur darum bitten, daß dieses verhütet werden möge; daß ein noch größerer Kreis von Übersiedlern in kurzer Zeit zu uns kommt.

Und da sage ich: Wir müssen alle helfen. Das sage ich - Sie mögen das nicht gern hören - auch wieder an die Adresse des Bundesverteidigungsministers. Wir haben in der letzten Besprechung bei Herrn Schäuble von allen Seiten darauf hingewiesen, daß hier der Bundesverteidigungsminister flexibler sein muß.

(Bensmann (CDU): Das ist er doch gewesen!)

- Wo denn?

(Bensmann (CDU): In Unna sind doch 800 Aussiedler aufgenommen worden!)

- Verehrter Herr Kollege, die Bundeswehr hat das getan, ohne daß der Verteidigungsminister handelte -

(Lachen und Zurufe von der CDU)

- (D) - Aber da wissen wir doch genau Bescheid. - Ich will Ihnen doch nur sagen: Ich habe den Bundesverteidigungsminister in dieser Sitzung gebeten, uns für längere Zeit Kasernen zur Verfügung zu stellen. Bis heute hat der Bundesverteidigungsminister die notwendige Zahl, die er erübrigen könnte, nicht zur Verfügung gestellt.

(Zurufe von der CDU)

Das Sennelager ist doch nicht geeignet, in Wintermonaten Menschen für längere Zeit unterzubringen. Ich glaube, darüber sind wir uns im klaren.

(Weiterhin Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen: Wir müssen dabei alle helfen. Und da Sie mich darauf angesprochen haben, sagen ich Ihnen wieder: Um diese Menschen bei uns einzugliedern, brauchen wir die Zustimmung der heimischen Bevölkerung. Es darf sich kein Eindruck entwickeln, als würden hier Bevorzugungen vorgenommen, weil dann die Eingliederung sicherlich uns allen wesentlich schwerer fällt.

Wenn Sie mir den "Ehren-Republikaner" unterstellen, dann sage ich Ihnen: Da bin ich

(Minister Heinemann)

(A) sehr empfindlich, und da will ich einmal die "Rheinische Post" vom 17. November 1989 zitieren. Unter der Überschrift "CDU/Republikaner" heißt es - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

Die Bereitschaft der CDU-Ratsfraktion, mit den Republikanern ein Stimmbündnis einzugehen, wenn es der Sache dient, hat an der Parteibasis für größere Irritationen gesorgt, als die Verantwortlichen wahrhaben wollen.

Dann kommen Parteitagsforderungen, und es heißt weiter, die Basis habe große Schwierigkeiten, den schnellen Gesinnungswandel nachzuvollziehen. Vor der Wahl hätten die CDU-Ratskandidaten vollmundig niemals mit den Republikanern gerufen und diese Position bei der Bürgermeisterwahl durch Zusammengehen mit der SPD verdeutlicht.

(Zurufe von der CDU: Was soll das denn? - Gegenrufe von der SPD)

- Ich zitiere aus der Zeitung, und ich zitiere Ihnen noch einen Satz dazu:

Für die Kreispartei machte der stellvertretende Vorsitzende Heinz Hardt die Position der Unionsfraktion noch einmal deutlich: Wenn ein eigenes politisches Anliegen im Rat nicht anders durchzusetzen sei als mit Hilfe der Republikaner, werde die CDU die Unterstützung der Ultrarechten nicht ablehnen.

(B)

(Aha! und Hört, hört! bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe hier nur aus der "Rheinischen Post" zitiert. Wenn es nicht stimmt, sollte man es dort dementieren.

(Zurufe von der CDU)

Ich befürchte nur: So macht man Republikaner hoffähig.

(Schauerte (CDU): Sie treiben ihnen die Wähler zu durch Ihr Verhalten!)

Wenn Herr Arentz vorhin davon gesprochen hat, daß dem Asylmißbrauch nicht schnell genug nachgegangen wird, dann darf ich Ihnen dazu sagen, daß in Zirndorf beim Bundesamt 100 000 rückständige Anträge vorliegen, daß ich des öfteren Herrn Zimmermann und jetzt Herrn Schäuble aufgefordert hatte, durch Personalverstärkungen dafür zu sorgen, daß diese große Zahl vermindert wird. Gestern habe ich in der Zeitung gelesen, daß erst jetzt dort 100 Be-

dienstete zusätzlich eingestellt werden. Diese Innenminister sind durch zu spätes oder gar kein Handeln teure Kandidaten für die Länder und für die Gemeinden.

(C)

(Schauerte (CDU): Abschieben!)

- Dafür sind wir doch nicht zuständig, Herr Schauerte.

(Schauerte (CDU): Doch, der Innenminister!)

- Für das Bundesamt in Zirndorf liegt die Verantwortung beim Bundesinnenminister.

(Zurufe von der CDU)

Ein schweres und drückendes Problem bleibt die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Sie hören das nicht gern. Aber wenn 3,8 Millionen Menschen bei uns Arbeit suchen

(Zurufe von der CDU: Wie viele?)

- neben den 2,1 Millionen Menschen in der Statistik gibt es ein Großteil von Menschen, die Arbeitsuchende sind; das ist Ihnen anscheinend nicht bekannt -, wenn es bei uns rund 800 000 Menschen gibt, die schon länger als ein Jahr arbeitslos sind, dann sage ich: Dafür trägt die Hauptschuld die Bundesregierung, die die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nicht unter ihre Prioritäten aufgenommen hat.

(Zurufe von CDU und F.D.P. - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(D)

Schon mit der Achten Novelle hat die Bundesregierung in schlimmer Weise die Handlungsfähigkeit der Bundesanstalt in Nürnberg in Milliardenhöhe abgewürgt. Jetzt torpediert die Neunte AFG-Novelle für uns in Nordrhein-Westfalen mit einem Minus von 207 Millionen DM Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in unserem Lande. Recycling-Projekte, Kleiderkammerprojekte, Essen auf Rädern und andere Alteneinrichtungen wären hier ganz schnell am Ende gewesen, hätten wir nicht mit einem Notprogramm von 65 Millionen DM für zwei Jahre das Schlimmste vom Schlimmen verhindert.

Was aber nicht verhindert werden konnte: Die Zahl der Neuanträge für AB-Maßnahmen ist schon in den ersten zehn Monaten um 40 Prozent zurückgegangen. Wir in Nordrhein-Westfalen können die Bundesversäumnisse auf diesem Feld nur zum Teil korrigieren. Umfassende Arbeitsbeschaffungsprogramme oder große Qualifizierungsmaßnahmen sind nun einmal Pflichtaufgaben des Bundes.

(Minister Heinemann)

(A) Aber was wir tun können, tun wir, und dazu gehören eben die vielfältigen Ansätze zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung unseres Landes, die auch immer den Arbeitsmarkt im Auge haben und schon jetzt rund 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben, wie ganz gezielte Programme wie "Arbeit statt Sozialhilfe", mit denen wir seit 1984 aus rund 18 000 arbeitslosen Sozialhilfeempfängern sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht haben. Programme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze: Von 1985 bis 1989 haben wir das mit 2 Milliarden DM in mehr als 120 000 Fällen geschafft. Die Förderung von Arbeitslosenzentren, örtlichen Beschäftigungsinitiativen, Übungswerkstätten und Berufsbildungszentren oder völlig neue Projekte, zum Beispiel zur vorbeugenden Beschäftigungspolitik, zur Verbesserung der Wiedereingliederung von Frauen oder zum schrittweisen Heranführen von Langzeitarbeitslosen an den Arbeitsmarkt - auch mit erkämpften Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds -, machen Nordrhein-Westfalen zur Nummer 1 beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Verehrte Frau Kollegin Thomann-Stahl, eine Bemerkung zu dem, was Sie mir hier vorgehalten haben! Ich bleibe auch weiterhin bei meiner Auffassung über diese unsoziale Steuerreform. Sie werden mich da nicht bekehren können, auch beim Dienstmädchenprivileg nicht.

(B) Wenn Sie einen Brief aus dem Hause hier zitieren, wäre es korrekt gewesen, daß Sie dann auch den Entschuldigungsbrief des Mitarbeiters erwähnt hätten.

Ich darf daraus zitieren, Herr Präsident! - An einer Stelle sagt er, nachdem ich hintergehakt hatte:

In Ihrem Schreiben gehen Sie davon aus, daß wir zur Personalpolitik im Hause eine Behauptung aufgestellt haben. Diese Deutung ist nicht zutreffend.

Das war seine Entschuldigung. Ich habe ihm wenige Tage später, um diese Sache nicht weiterzuverfolgen, erklärt, daß sich damit für mich die Sache erledigt.

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU) - Tschoeltsch (F.D.P.): Sehr schwach, Herr Minister!)

- Herr Tschoeltsch, in der letzten Sitzung hat Ihr Kollege Dorn mir vorgeworfen, ich würde als Minister gegen Gesetze reden, als ich die Finanzpolitik der Bundesregierung diskutiert habe.

(Dorn (F.D.P.): Und die Verwendung der Bundesbankgewinne.)

(C) - Nein, die Entwicklung der Bundesbankgewinne, die früher bei einem wesentlich geringeren Betrag von der jetzigen Regierung und der Opposition immer kritisiert wurde. Ich habe der Entwicklung der 13 Jahre die letzten sechs Jahren gegenübergestellt, Herr Dorn.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

- Ja, ja, aber so ist es korrekt. Ich hätte dann zumindest erwartet, daß Sie gestern bei Ihrem Kollegen Tschoeltsch aufgeschrien hätten, als er mich aufforderte, den Sonntag zum Arbeitstag wie jeder anderer zu machen und gegen die Verfassung zu verstoßen, und das geht nicht.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Hören Sie doch einmal zu, was ich sage. - Lebhaftes Zurufe von der F.D.P. - Unruhe - Glocke des Präsidenten - Dorn (F.D.P.): Herr Kollege Tschoeltsch hat sich dafür eingesetzt, daß Sie die Betriebsräte in einem Unternehmen genauso ernst nehmen wie den DGB.)

- Herr Tschoeltsch hat sich dafür eingesetzt, daß ich bei Uniroyal Sonntagsarbeit genehmige. Sie wissen genauso gut wie ich, daß das gegen Gesetz, Rechtsprechung und Verfassung verstößt.

(Zustimmung bei der SPD - Dorn (F.D.P.): Keine Ausnahmeregelung?)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in diesen Stunden noch die schrecklichen Bilder der zum Teil verheerenden Drogenproblematik in den Vereinigten Staaten und speziell in New York vor Augen.

Herr Kollege Arentz, die Mittel sind von rund 11 auf fast 15 Millionen DM im Haushalt erhöht worden. Wir werden alles tun, um das drohende Überschwappen dieser zerstörerischen Menschheitsgeißel auf unser Land zu verhindern. Ich rufe alle auf, dabei mitzuhelfen. Vieles muß dabei zusammenkommen: Gewinnabschöpfung und rigorose Kriminalitätsbekämpfung sowie vorbeugende Aufklärung. Hier müssen wir auch brutal und deutlich sagen, in welches Elend die Drogensucht fast immer führt, daß Menschen zum Beispiel bei lebendigem Leibe verfaulen, daß der Tod für 30 Dollar in Kauf genommen wird, daß schon Neugeborene von der Sucht gezeichnet sind.

Hilfe für die Opfer der Drogenmafia, die wir nicht zu Menschen dritter Klasse degradieren dürfen, haben wegen ihrer entsetzlichen Lage Anspruch auf Hilfe. Gerade weil ihre Lage so entsetzlich ist und sie selbst so abstoßend

(Minister Heinemann)

(A) wirken, brauchen sie jede Hilfe auch bei uns.

In New York wurde wieder einmal deutlich, wie richtig wir auch mit unserer Entscheidung lagen, mit dem Methadon-Programm gegen viele Widerstände den ersten Durchbruch in der Bundesrepublik zu wagen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich freue mich darüber, daß sechs Länder zugestimmt haben, auch Hessen mit Ministerpräsident Wallmann, der sich im Gegensatz zu den Behauptungen oder zu der Haltung der Union hier für ein derartiges Programm einzusetzt.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen: Es ist für mich die zweitbeste Lösung, die beste ist drogenfreie Therapie. Ich weiß auch, daß ich einem Teil der Menschen damit nicht helfen kann. Diesen Menschen will ich mit diesem Programm helfen, um sie nicht in der Gosse elendig eingehen zu lassen. Das ist mein Motiv.

Herr Arentz, Sie kritisieren die mangelnde Zahl an Behandlungsplätzen. Ich darf noch einmal von den Leistungsträgern, der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zitieren. Sie schreiben an einer Stelle zu ihrem Werkstattgespräch, aus dem Sie scheinbar die Zahlen haben:

(B) Da waren wir nicht beteiligt. Bei einer Beteiligung wären insbesondere von der Rheinischen Arbeitsgemeinschaft die nachfolgenden Fakten bei der Erörterung der Frage genannt worden.

Dann schreibt der Träger:

Die Feststellung, in Nordrhein-Westfalen gebe es keine ausreichende Zahl an Behandlungsplätzen für Drogenabhängige, kann von der Rheinischen Arbeitsgemeinschaft für den von ihr zu betreuenden Personenkreis nicht bestätigt werden.

Das gleiche schreibt der Träger aus Westfalen.

(Arentz (CDU): Das ist Ihre Stellungnahme.)

- Es ist eine Unverschämtheit, den Leuten gegenüber zu behaupten, sie ließen sich von mir bestellte Stellungnahmen aufdrängen. Nein, ich habe angefragt. Nur, Herr Arentz, das ist so Ihre Methode. Was Sie an falschen Zahlen in den Raum stellen, ist richtig. Was andere bestätigen, wenn es nicht in Ihr

Konzept paßt, stellen Sie dann in Abrede und sagen: Da wird Mißbrauch getrieben. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist eine miese Methode, wenn man sich so verhält.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich habe dennoch einen Brief an die Oberstadtdirektoren und Oberkreisdirektoren in Auftrag gegeben mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß in den Sozialämtern derartige Anträge nicht liegenbleiben, daß im Interesse dieser Menschen schnell gehandelt wird.

Ich werde, obwohl man mir gesagt hat, hier sind genügend Plätze, dieser Sache noch einmal nachgehen. Ich werde alles tun, um diesen Menschen zu helfen.

Wer gesunde Menschen will, muß auch für gesunde soziale Strukturen eintreten. Gerade in New York war deutlich zu sehen: Wer ganze Teile der Bevölkerung in Hoffnungslosigkeit und Elend abgleiten läßt, wird am Erfolg der Drogenmafia mitverantwortlich, die Mutlosigkeit und Verzweiflung für ihr widerliches Geschäft braucht.

Wir brauchen eine Politik der Vorbeugung und Hilfe, die Menschen auch in schwierigen Lebenssituationen selbst bestimmen und eigenverantwortlich handeln läßt. (D)

In diesem Zusammenhang erwähne ich auch unsere Politik für junge Menschen und insbesondere unsere neuen Ansätze in der offenen Jugendarbeit.

Hier sind nicht nur 1989 die Mittel drastisch um 8 Millionen DM erhöht worden, auch 1990 fahren wir auf dem hohen Niveau von 73,4 Millionen DM. Ich glaube, mit der Kommunalisierung, Flexibilisierung und Koppelung unserer Förderung in diesem Bereich an gleiche Förderbeträge der Kommunen haben wir den richtigen Weg beschritten - Herr Reichei ist nicht da, ich bestätige es noch einmal -, um dieser Arbeit wieder einen neuen vorwärtstreibenden Impuls zu geben.

Die Förderungsumstellung hat dazu geführt, daß 1989 noch nicht alle Mittel abgeflossen sind - dafür gibt es viele Gründe; ich verschiebe sie gar nicht woandershin -, nicht nur bei uns, auch in anderen Bereichen. Diese Mittel sollen auf 1990 übertragen werden. Ich appelliere an die Kommunen: Nutzen Sie dieses Angebot des Landes zum

(Minister Heinemann)

(A) Ausbau einer lebendigen Infrastruktur für junge Menschen!

Nicht erst seit den Wahlerfolgen der Republikaner ist die politische Bildungsarbeit ein unverzichtbarer Schwerpunkt der Jugendpolitik des Landes. Dabei ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland, daß wir mit rund 18 Millionen DM kompetente hauptberufliche Jugendbildungsreferenten finanzieren. Sie stellen die von uns geförderten Jugendbildungsmaßnahmen auf eine hervorragende qualitative Stufe.

Aber auch kein anderes Bundesland führt vergleichbare Fahrten zu Gedenkstätten der Verbrechen des Naziterrors durch, wie wir das tun. Allen unvergessen ist dabei die eindrucksvolle Fahrt, die Herr Reichel schon erwähnt hat, von 850 jungen Menschen am 1. September 1989 nach Warschau. Ich bin davon überzeugt, das unmittelbare Erlebnis an einer solchen Gedenkstätte kann prägender für die demokratische Grundausrichtung eines Menschen sein als noch so viele theoretische Informationen.

Nachdem jetzt die Mauer gefallen ist und die Menschen in Deutschland, die zusammenkommen wollen, auch zusammenkommen können, sind wir gut beraten, auch den deutsch-deutsch Jugendaustausch in ganz neuen Dimensionen zu fördern. Hier liegt geradezu eine Pflicht, die Folgen des kommunistischen Stalin-Terrors, der nie die Menschen und ihre Wünsche, sondern immer nur Machtblöcke sah, auch auf dem Feld der Jugendbegegnungen schnellstens zu überwinden.

(B)

Es sind vorhin von Herrn Rüsenberg - um ein anderes Thema noch anzusprechen - die Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung angesprochen worden. Aufgrund der Prüfung des Landesrechnungshofs haben wir inzwischen neue einheitliche Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familien- und Lebensberatungsstellen erstellt. Der Richtlinienentwurf befindet sich zur Zeit in der Ressortabstimmung mit Landesrechnungshof, Finanzminister und Innenminister. Er legt die Fördervoraussetzungen, z. B. Art und Umfang des Beratungsangebots, und zum Teil die Förderhöhe neu fest.

Ich will bei dieser Gelegenheit noch einmal erwähnen, daß nicht ich es war, der vor Ostern 1988 den Verbänden schweren Schaden zugefügt hat, Herr Rüsenberg, sondern da sollten Sie einmal in Ihren eigenen Bereich gucken.

Zur richtlinienmäßigen Umsetzung der neuen Förderkonzeption will die Landesregierung die

Haushaltsmittel für 1990 um insgesamt 1,45 Millionen DM erhöhen, davon 1,25 Millionen DM für Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung sowie 200 000 DM für weitere Anlaufstellen bei Kindesmißhandlung und sexuellem Mißbrauch von Kindern.

(C)

Wir stehen mit den Kirchen im Gespräch. Mein Staatssekretär - ich will das hier sagen - wird am 11. Dezember ein Gespräch mit der katholischen Kirche führen. Ich bin hoffnungsvoll, daß wir hier weiterkommen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit bleibt die Politik für alte Menschen. Wenn Frau Thomann-Stahl vorhin erwähnte, daß ich das nach dem 13. Mai behandeln und diskutieren will, dann sage ich Ihnen, warum: Jede Diskussion vor dem 13. Mai - wir sehen doch das Klima hier - wird in einen großen Streit ausufern. Ich glaube, nach dem 13. Mai, nach dem Tag der Landtagswahl, werden wir dieses wichtige Thema - und ich bitte um Mithilfe aller - sicherlich sachlicher behandeln können, als wenn das in den letzten drei oder vier Monaten vor einer Landtagswahl stattfinden würde. Diese Erfahrung haben wir alle gemacht. Wir sollten dieses Thema in Interesse der betroffenen Menschen in Sachlichkeit dann nach dem 13. Mai behandeln.

Vieles läßt sich auch nicht in Mark und Pfennig ausdrücken. Gefragt sind nicht nur Geld, sondern auch Phantasie und Nachdenklichkeit, die Fähigkeit hinzuhören und auch Ideenreichtum. Aber wir müssen wissen, daß es auch Geld kostet, für immer mehr Menschen Grundlagen für ein Alter in Würde und Selbstbestimmung zu legen; die Landesregierung wendet hierfür 1990 rund 370 Millionen DM auf.

(D)

Ein großer Schwerpunkt liegt bei den Investitionshilfen für Pflegeplätze. Zwischen 1980 und 1989 haben wir hier bereits mit insgesamt über 1,4 Milliarden DM wichtige Grundlagen geschaffen, die wir auch 1990 mit über 140 Millionen DM weiter ausbauen werden. So wichtig solche Pflegeplätze sind, wir wollen, daß möglichst viele alte Menschen möglichst lange in ihren eigenen Wohnungen wohnen bleiben können. Ein Schlüssel hierzu liegt in der ambulanten Betreuung.

(Beifall bei der SPD)

Wie kaum ein anderes Bundesland verfügt Nordrhein-Westfalen über ein besonders eng geflochtenes Netz von 486 Sozialstationen, die wir 1990 mit 29,5 Millionen DM fördern. Wir sind stolz, daß in keinem anderen Bundesland das ehrenamtliche Engagement in diesen

(Minister Heinemann)

- (A) Sozialstationen auch nur annähernd so hoch ist wie bei uns.

(Zustimmung des Abg. Schmidt (SPD))

Auch Modellversuche, etwa zur Betreuung psychisch kranker Menschen, die in dieser Form für die Bundesrepublik einmalig sind, zeigen die besondere Kraft der Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

Wir brauchen uns auch beim Zahlenvergleich nicht zu verstecken. Das gilt ebenso bei der Förderung der Pflegekräfte, in der Zahl ins Verhältnis gesetzt zur Zahl der Menschen. Durch zahlreiche Neueinstellungen über den Personalschlüssel hinaus, durch günstige Finanzierung, die, wie es der Landesrechnungshof gesagt hat, zu Gewinnen in mehr als 100 Sozialstationen geführt hat, für die neue Pflegekräfte wieder eingestellt worden sind, was ich begrüße, ist dieser Schlüssel in ungefährer Nähe - vielleicht etwas darüber oder darunter - der von Ihnen geforderten neuen Schlüsselzahl von 1 : 3 500.

Mir scheint, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, daß Zahlen bei Ihnen keine große Rolle spielen, oder Sie unterstellen immer Manipulationen. Wie mit falschen Zahlen operiert wird, dafür haben Sie, Herr Arentz, des öfteren hier im Landtag ein Beispiel gegeben. Auch Ihr Landesvorsitzender hat kein Rechnen gelernt, wenn er aus 4,7 % minus noch einen Sieg Ihrer Partei bei der Kommunalwahl errechnet. Der ist leider nicht in Nordrhein-Westfalen in die Schule gegangen, sonst hätte er rechnen gelernt. Weil er hier nicht in die Schule gegangen ist, wird er sicherlich hier auch nicht Ministerpräsident werden können.

(B)

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

In der Kinderpolitik muß es immer wieder darum gehen, allen Kindern, deren Eltern das wünschen, einen Platz im Kindergarten anzubieten. Hier sind wir auf dem richtigen Weg: Wir geben mehr Geld für Investitionen aus als alle anderen Bundesländer zusammen.

(Zustimmung bei der SPD)

Auch bei der Beteiligung an den Betriebskosten liegen wir vorn. Wenn man die Gesamtbetriebskosten pro Platz im Bundesgebiet nimmt, liegen wir weit davor. Kein anderes Bundesland gibt auch nur annähernd so viele Leistungen pro Kindergartenkind wie Nordrhein-Westfalen. Trotzdem liegen wir bei den Elternbeiträgen am unteren Ende der Vergleichsskala.

Schließlich liegt Nordrhein-Westfalen auch beim Hort einsam an der Spitze, wenn Länder wie Baden-Württemberg, Hessen oder Niedersachsen jeden Betriebs- oder auch jeden Investitionskostenzuschuß verweigern.

(C)

Die Welle der Aus- und Übersiedler, aber auch wachsende Kinderzahlen stellen unser Land und unsere Kommunen hier allerdings vor neue schwere Herausforderungen. Dabei ist es sicherlich zu einfach, allein das Land aufzufordern, jetzt eben noch mehr zu bezahlen, auf die gestaffelten Elternbeiträge am besten ganz zu verzichten und auch vom Bund nichts zu verlangen. Wenn wir in diesem und im nächsten Jahr 30 000 neue Plätze schaffen, wenn unser flächendeckendes Netz am Ende des nächsten Jahres rund 410 000 Plätze in unterschiedlichen Einrichtungen umfaßt, die schon heute flexibel über Öffnungszeiten oder Gruppenstärken entscheiden können, wenn wir allein im nächsten Jahr 105,4 Millionen DM an Investitionskosten bereitstellen, wenn wir seit 1985 annähernd 2,5 Milliarden DM für Betriebskosten im Kindergartenbereich ausgegeben haben und allein in diesem Jahr hier eine Steigerung auf 611,5 Millionen DM haben, dann muß sich der Bund auch im Kindergartenbereich wenigstens an den Folgekosten der Aus- und Übersiedler beteiligen, wie es alle elf Bundesländer - auch wir - in der Vergangenheit immer wieder gefordert haben. Wer davon spricht, daß es um die Bewältigung großer nationaler Herausforderungen geht, darf sich nicht aus dem Lokal schleichen, wenn es ums Bezahlen geht.

(D)

Unsere Gesundheitspolitik steht unter der Überschrift, auf modernstem Niveau eine flächendeckend bedarfsgerechte und doch kostenkünstige Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Seit 1972 haben wir rund 18 Milliarden DM für den Erhalt und die Modernisierung unserer Krankenhäuser aufgewendet.

Heute geht es bei dem bestehenden hohen Niveau vor allem darum, bestehende Kliniken dem jeweils notwendigen neuesten technischen Stand immer wieder anzupassen. Für 1990 stellen wir hierfür 1,7 Milliarden DM bereit. Dabei hat sich immer wieder gezeigt: Oft ist die Renovierung bestehender Häuser nicht nur billiger, sondern auch zweckdienlicher als aufwendige Neubauten. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen herausragende Spezialkliniken; wir brauchen aber genauso ein flächendeckendes Netz von "Krankenhäusern um die Ecke" - von der Union, von Herrn Arentz wird ja immer wieder behauptet, daß die nicht gefördert würden -, die den Menschen vertraut sind, mit kurzen Anfahrtswegen und guten Besuchsmöglichkeiten.

(Minister Heinemann)

- (A) Ein Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik bleiben besondere Bemühungen, mit spezialisierten Einrichtungen die Kindersterblichkeit in Nordrhein-Westfalen zu senken. Wir wollen in der Statistik nicht hinten liegen; wir wollen Werte wie in Skandinavien. Ich glaube, daß neben der verbesserten medizinischen Betreuung auch unsere Idee einer auf die Menschen zugehenden Schwangerschaftsberatung Erfolg haben wird, und ich sage Ihnen, nachdem wir in jedem Versorgungsgebiet Perinatalzentren und auch neonatologische Schwerpunkte haben: Wenn Ärzte und Mütter mitmachen, werden wir in absehbarer Zeit in unserem Lande eine Säuglingssterblichkeit bekommen, die auf skandinavischem Niveau liegt. Dafür setze ich mich auch in den kommenden Jahren verstärkt ein; denn wer weiß, wie glücklich man über Kinder und Enkelkinder ist, muß hier mithelfen, der muß auch als Arzt mit dafür sorgen, daß bei Risiken für Mutter und Kind eine Einweisung in eine Spezialklinik stattfindet und nicht in eine Klinik, in der das Belegungsprinzip eine Rolle spielt. Sie kommen für normale Geburten infrage; aber Risikogeburten müssen in diese Einrichtungen, damit Mutter und Kind kein Risiko eingehen.

Meine Damen und Herren, ein letztes: Der Einzelplan 07 für 1990 umfaßt über 5,46 Milliarden DM - 5 1/2 Milliarden Mark! Gegenüber 1989 ist er um 11,3 % gewachsen. Sein Anteil am Gesamthaushalt ist von 7,7 % im Jahre 1989 auf 8,1 % angestiegen, und es ist schon eine seltsame Methode, mit vorliegenden Anträgen Verpflichtungen des Bundes auf das Land Nordrhein-Westfalen abzuwälzen.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Wir können nicht in jedem Falle im Haushalt von Nordrhein-Westfalen Verantwortung für den Abbruchunternehmer Blüm übernehmen. Nordrhein-Westfalen handelt in sozialer Verantwortung, und deshalb bitte ich Sie, dem Einzelplan 07 Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4984 zu Einzelplan 07 ab. Dieser Änderungsantrag hat fünf Ziffern. In einem Neudruck liegt Ihnen auch eine Mitteilung über das Verfahren vor. Ich bitte, diesen Neudruck mit zur Hand zu nehmen.

(C) Wir stimmen zunächst über Ziff. 3, Buchstabe a, ab: Landeserziehungsgeld. Hier ist Einzelabstimmung beantragt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß Buchstabe a der Ziffer 3 abgelehnt ist.

Wir kommen dann zu Ziff. 3, Buchstabe b: Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung. Hier ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich werde jetzt die Schriftführerin, Frau Versteegen, bitten, die Namen vorzulesen. Wer für diesen Antrag ist, der antworte mit Ja, sonst mit Nein oder Enthaltung. Ich bitte Sie, dabei ruhig zu sein, und bitte auch diejenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, sich ruhig zu verhalten, damit alles zu verstehen ist. Die namentliche Abstimmung über Buchstabe 3 b: Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung beginnt. Ich darf Frau Versteegen bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Die namentliche Abstimmung wird vorgenommen.)

Nachdem alle ihre Stimme abgegeben haben, schließe ich die namentliche Abstimmung und bitte das Ergebnis zu ermitteln.

(Die Auszählung der Stimmen erfolgt.)

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Mit Ja haben 90 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 107 Abgeordnete. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(D)

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 3 Buchstabe c - Tageseinrichtungen für Kinder. Hierzu hat die CDU-Fraktion Einzelabstimmung verlangt. Ich lasse dann über die Ziffer 3c abstimmen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß auch dieser Antrag bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt worden ist.

Wir kommen jetzt zu den Ziffern 1, 2, 4 und 5 - Stichwort: Förderung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit. Wer für diese Ziffern des Änderungsantrages der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß dieser Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion abgelehnt worden ist.